



## International Journal of Social Sciences

ISSN: 2587-2591

DOI Number: <http://dx.doi.org/10.30830/tobider.sayi.8.12>

Volume 5/1 Spring

2021 p. 205-250

**DIE ANALYSE DES SOZIALREFORMISMUS INNERHALB DER  
REPUBLIKANISCHEN VOLKSPARTEI IN DEN JAHREN 1923- 1960 IN DER  
TÜRKEI**

**THE ANALYSIS OF SOCIAL REFORMISM WITHIN THE REPUBLICAN  
PEOPLE'S PARTY IN 1923-1960 IN TURKEY**

Zübeyir BÜTÜNER \*

### ÖZ

Türkiye Cumhuriyeti'nin siyasal tarihinde önemli bir yere sahip olan Cumhuriyet Halk Partisi'nin 1919'dan 1960 yılına kadar olan süreç çerisinde ortaya koymuş olduğu siyasi ve ekonomik eğilimlerine parti programları merkezinde ele alınmaya çalışılmıştır. İncelenen dönem içerisinde CHP'nin parti lideri söylemlerine, parti programlarına ve istatistiklere bakıldığında „Halkçılıktan“ „Ulusal Reformizme“ dönüştüğü gözlemlenmektedir. Bununla birlikte Batı Avrupa Sosyal Demokrat Partileri'ni model alan bir sosyal reformizm çizgisine doğru evrilen partinin Türkiye'de yaşanan Ulusal Kapitalizm ve bunun doğurduğu sosyo ekonomik sorunlardan da nasıl ve ne boyutta etkilendiği de irdelenmiştir.

CHP'nin gelişim sürecini önemli ölçüde şekillendiren “halkçılık” ve daha sonra “Ulusal reformizm” gibi Parti içindeki bireysel eğilimlerin analizi özel bir rol oynadığı ve bunun partiyi nasıl şekillendirdiği de ortaya konulmaya çalışılmıştır.

**Anahtar Kelimeler:** Türkiye, CHP, Ulusal Reformizm, Parti, Sosyal Reformizm.

### ABSTRACT

The political and economic tendencies of the Republican People's Party, which occupies an important place in the political history of the Republic of Turkey, which was put forward in the period from 1919 to 1960, were tried to be addressed in the center of party programs. During the period

---

\* Doç. Dr., Üniversitesi, Yozgat Bozok Üniversitesi, Fen Edebiyat Fakültesi, Tarih Bölümü, , ORCID: 0000-0002-7960-6974, E-mail: zbutuner86@hotmail.com.

studied, it is observed that the CHP has changed from "populism" to "National reformism" when looking at party leader rhetoric, party programs and statistics. However, it has also been examined how and to what extent the party, which has evolved towards a line of social reformism modelled on the Social Democratic parties of Western Europe, is affected by National capitalism in Turkey and the socio-economic problems caused by it.

Analysis of individual trends within the party, such as "populism" and later "National reformism", which significantly shaped the development process of the CHP, played a special role and how this shaped the party was also attempted to reveal.

**Key Words:** Turkey, CHP, National Reformismus, Party, Social Reformismus.

### AUSZUG

Die politischen und wirtschaftlichen Tendenzen der Republikanischen Volkspartei, die von 1919 bis 1960 einen wichtigen Platz in der politischen Geschichte der Republik Türkei einnimmt, wurden versucht, in den Mittelpunkt der Parteiprogramme zu stellen. Betrachtet man die Diskurse des Parteichefs der CHP, die Parteiprogramme und Statistiken, so stellt man fest, dass sich die CHP vom "Populismus" zum "Nationalen Reformismus" gewandelt hat. Darüber hinaus wurde untersucht, wie und inwieweit die Partei, die sich zu einer sozialreformistischen Linie nach dem Vorbild der westeuropäischen Sozialdemokratischen Parteien entwickelte, vom Nationalkapitalismus in der Türkei betroffen war und welche sozioökonomischen Probleme damit verbunden waren.

Eine besondere Rolle spielte dabei die Analyse einzelner Tendenzen innerhalb der Partei, wie zum Beispiel "Populismus" und später "Nationaler Reformismus", die den Entwicklungsprozess der CHP prägten, und es wurde auch versucht aufzuzeigen, wie dies die Partei prägte.

**Schlüsselwörter;** Türkei, RVP, Nationalreformismus, Partei, Sozialreformismus.

## I. Sozialökonomische und politische Verhältnisse von 1923-1960 in der Türkei

### I.1.1. Sozialökonomische und politische Verhältnisse von 1918-1923

In der nationalen Befreiungsrevolution entstand die CHP als eine politische Organisation des ganzen Volkes, die sich am 9. September 1919 als Volkspartei formierte und sich am 29. Oktober 1923 zur republikanischen Volkspartei umbenannte. Mit der

Durchbestzung des Nationalkapitalismus erweiterte sich rasch das Instrumentarium, mit dem die herrschende Klasse der Türkei ihre politische Herrschaft ausübte.

Sie verfügte über ein reiches Arsenal an Mitteln der ideologischen Einflussnahme; die Hauptrolle dabei spielten die politischen Parteien, die eng zusammenwirken und voneinander abhaengig sind. Diese Aufgaben werden allerdings je nach dem Verstaendnis der sozialen Gruppen, deren Interessen die betreffende Partei vertritt, mit unterschiedlichen Mitteln gelöst.

Die republikanische Volkspartei in der Türkei entwickelte sich entsprechend der objektiv-gesetzmaessigen Entwicklung der Gesellschaft als einer Volkspartei in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus in der Welt, in der Periode Aufbaus der Volkswirtschaft in der nationalen Wirtschaftspolitik, dem Etatismus, in der Türkei. In der zweiten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus im Weltmassstab und grosser Veraenderungen im politischen und ökonomischen Leben der Türkei wandelte sich die CHP in eine nationalreformische Partei. In den 50/60er Jahre erfolgte eine totale Abkehr von der Etatistischen Wirtschaftspolitik und eine Integration der Türkei an die militaer- aggressive NATO. Weiterhin stehen in der vorliegenden Arbeit die sozialökonomische und politische Entwicklung des Landes und damit die Politik, Wirtschaftspolitik und die Ideologie der republikanischen Volkspartei im Mittelpunkt.

Die Arbeit beabsichtigt, die Entwicklungstendenzen innerhalb der republikanischen Volkspartei herasuzuarbeiten. Es geht um einige Haupttendenzen der Wandlung der Republikanischen Volkspartei zum Sozialreformismus.

Die nationale Befreiungsrevolution ist eine gesamtnationale, "antiimperialistisch-antifeodale Revolution, deren Wesen durch den Charakter unserer Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bestimmt wird. Ihr antiimperilistisch-antifeudaler Charakter ergibt sich aus dem Hauptwiderspruch zwischen dem Imperialismus und den Völker der Staaten der nationalen Befreiungsbewegung. Die Interessen der Klassen und Schichten innerhalb der natinalen Befreiungsbewegung sind sehr differenziert, ihre innere Widersprüchlichkeit wird aber bis zur nationalen Befreiungsrevolution durch den hauptsächlichen Widerspruch überlappt. Der Hauptinhalt der nationalen Befreiungsrevolution besteht darin, die nationale Unabhängigkeit vom Imperialismus zu

---

---

erringen und grundlegende Voraussetzungen für die soziale Befreiung der Volksmassen zu schaffen“. (Truchanowski,W.G.; Rütten&Loening-Berlin 1963, S.51.)

In der Geschichte der türkischen Republik ist „dieses Problem eindrucksvoll ablesbar. Nach der völligen Niederlage der Mittelmächte- damit auch des Osmanischen Reiches- im ersten Weltkrieg unterschrieben die Vertreter des zentral-absolutistischen Regimes am 30.September 1918 in der Hafenstadt Mondoros (Mundoros), die knechtenden Bedingungen des Waffenstillstandes. In dem Waffenstillstand von Mondros sicherten die Entente-Mächte das Recht, Istanbul und das Bosphorus-Dardanellen-Gebiet zu besetzen. Die Meerengen wurden für Kriegsschiffe der Entente-Mächte geöffnet; die türkischen Garnisonen in Arabien, Syrien und Mesopotamien kapitulieren; die türkischen Truppen mussten Persien und Clicien sowie die von ihnen besetzten Teile Transkaukasiens räumende Alliierten erhielten das Recht, Baku und Batum zu besetzen. Die türkische Armee sollte demobilisiert werden; die türkischen Kriegsschiffe waren der Entente auszuliefern. Radio, Telegraphie und Eisenbahnen der Türkei wurden der Kontrolle der Alliierten unterstellt“. (Truchanowski,W.G.; Rütten&Loening-Berlin 1963, S.51.)

Die imperialistischen Staaten England, Frankreich, USA und Italien beabsichtigten, das zerfallene osmanische Reich zu zerstückeln, von einer “Halbkolonie“ in eine Kolonie zu verwandeln, die nationalen Reichtümer zu rauben und die im Reich lebenden Völker, auszubeuten. Außerdem betrachteten sie “den kranken Mann am Bosphorus“ als ein wichtigen Brückenkopf für eine Intervention gegen Sowjetrussland.

Nach dem Vertragsabschluss, besonders entsprechend dem Artikel 7, erfolgte die Aufteilung des osmanischen Reiches; England okkupierte mit dem Irak, Palaestina und Saudi-Arabien alle Ölgebiete und behielt weiterhin Ägypten und Zypern. Frankreich erhielt Syrien und Südanatolische Provinzen. Auf Italien entfielen die Inselgruppen Dodekanes und Rhodos, sowie die Städte Antalya und Konya im Südwesten des Landes. Schließlich beteiligte sich ein Jahr spaeter auch Griechenland durch die Besetzung Thraziens (Trakya) und der ägäischen Inseln an der Aufteilung der Beute.

Der imperialistische Krieg hatte die wirtschaftliche Lage des osmanischen Reiches drastisch verschlechtert. “Die maennlichen Dorfbewohner waren zur Armee eingezogen.

---

Das ruinierte die Bauernschaft, verringerte die Anbaufläche und führte zum Niedergang der landwirtschaftlichen Produktion. Im Krieg verlor das türkische Volk 500.000 Menschen. Über 800.000 waren schwer- und schwerstverletzt. Teuerung und Spekulation, Hungernöte und Epidemien waren Begleiterscheinung des Krieges. In einer Zeit, in der die werktätigen Bevölkerung hungerte, bereicherte sich die herrschenden Kreise an Lebensmittellieferungen“ (Autorenkollektiv; Geschichte der neuen Zeit, Berlin 1961, S. 398.).

In dieser Situation verschärfte sich der äußere Widerpruch zwischen dem Imperialismus und den Völkern des osmanischen Reiches. Dieser Widerspruch führt zu einer revolutionären Situation im Sinne der Lösung der Aufgabe und zeichnete sich am Ende des ersten Weltkrieges und Anfang 1919 im osmanischen Reich ab. Er fand seinen Ausdruck im sich langsam formierenden, oft noch spontanen Volkskampf gegen die Aufteilung des Landes durch die Entente-Mächte.

Dieser Kampf verstärkte sich mit dem Einfluss der Ideen der Großen Sozialistischen Oktober Revolution auf die Völker des osmanischen Reiches. Die entscheidenden sozialen Triebkräfte in dieser Bewegung waren die die Bauernschaft, die 2/3 der gesamten Bevölkerung in dieser Zeit ausmachte, teils der kleinbürgerlichen Schichten, der patriotischen Intelligenz und der sich herausbildenden nationalen Bourgeoisie sowie die zahlenmäßig sehr geringe Arbeiterklasse, wobei die Führung des Kampfes in den Händen der bürgerlich beeinflussten patriotisch- gesinnten Kräfte lag. Der Widerstand der Bevölkerung breitete sich im Lande aus und entwickelte sich zu einem nationalen Befreiungskampf. In dieser Phase des Kampfes war die Arbeiterklasse sehr schwach organisiert, konnte deshalb nicht als Führer im Kampf auftreten, obwohl sie eine treibende Kraft des nationalen Kampfes war.

In der Vorbereitungsphase des Kampfes gründete die Militär-Intelligenz, die durch ihre Ausbildung an der Kriegsakademie von den Ideen der französischen Revolution beeinflusst war, in den von der Annexion der Entente-Mächte bedrohten Städten national-bürgerlichen Organisationen, die “Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte des Volkes in Anatolien und Thrakien“, die zu Mittelpunkten des Befreiungskampfes in den der Städte wurden. Die Gesellschaften sind die folgenden;

---

---

Die nationale Gesellschaft zum Schutz der rechte Trabzons.

Die nationale Gesellschaft zur Verteidigung der Provinzen Ostens.

Die osmanische Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte Izmir's.

Die osmanische Gesellschaft zum Verteidigungsrat Trakya-Paschaelis

Die Gesellschaft der nationalen Bewegung zur Ablehnung der Annexion u.a.( Bila, H., 1979, S. 10).

Aus der Kräftekonstellation der Existenz der Kompradorenbourgeoisie, des Eşraf (Geistliche,Grossgrundbesitzer,Stammesführer und Kaufleute) der sich herausbildeneden nationalen Bourgeoisie , der Beamtenschaft, von Offiziere und Generale sowie von Handwerker, Bauern und Arbeitern ergab sich für den patriotisch-gesinnten Teil der Offiziere und Generale, besonders für M. Kemal Atatürk die Möglichkeit, zum Mittelpunkt des Kampfes zu werden. Die einheitliche Führung übernahm daher die patriotisch-gesinnten Militärs. Diese heterogenen Klassenkräfte einte der Wille, die Unabhängigkeit der Türkei zu retten.

In diesem Kampf kam es zu einer Polarisierung und Differenzierung der Klassenkräfte, da sich der Kampf um die Beseitigung der Fremdherrschaft aeußerst langwierig und kompliziert vollzog. Die Vorherrschaft des aeußeren Widerspruchs zum auslaendischen Imperialismus trat sehr deutlich hervor.Das Kraefteverhaeltnis im inneren war unreif und ungenügend ausgeprägt, so dass keine Klassenkraefte in der nationalen Befreiungsbewegung die Hegemonie übernehmen konnten. Im Resultat dieser Situation mussten sich verschiedene Klassenkräfte verbünden. Dadurch war folgende „Hegemoniekombination“ (Kossok, M., ,Berlin 1977, S. 29.) entstanden. Die patriotisch-gesinnten Militärs standen an der Spitze des nationalen Befreiungskampfes und wurden v.a.unterstützt durch Gutsbesitzer, Beamte, Offiziere und Kaufleuten, die ebenfalls Interesse an der Beseitigung der Fremdherrschaft hatten. Die Kompradorenbourgeoisie, die eine Minderheit bildete, trat in dieser Kampfphase gegen die nationale Befreiungsbewegung auf.Sie liierte sich eng mit den ausländischen Imperialisten und wurde durch die feudal-klerikale Kraefte unterstützt.

---

---

Um den nationalen Befreiungskampf gegen die Entente-Mächte und die von England unterstützte griechische Invasion zu organisieren und eine einheitliche nationale Bewegung zu schaffen, fuhr der aus kleinbürgerlichen Kreisen stammende M. Kemal Atatürk (siehe: Glasneck, J, Berlin 1971, auch: M. K. Atatürk; Sitzungsberichte der Akademie..Jg. 1982, Nr. 7/G) am 19. Mai 1919 in die Schwarzmeerhafenstadt Samsun und nahm "mit regionalen Instanzen von Heerstand Verwaltung Kontakt auf, um die Voraussetzungen für die Organisierung eines einheitlichen Widerstandes herzustellen...innerhalb weniger Tage gelang es ihm, unter den wichtigsten Offizieren und Beamten Anatoliens einen politischen Konsensus herzustellen und sie dazu zu bewegen, den Aufbau nationaler Organisationen in die Hand zu nehmen" (Çatalcalı, B., Diss. Heidelberg 1982, S. 87.).

Nach seiner Ankunft in Samsun setzte sich M. Kemal Atatürk unverzüglich mit allen in Anatolien und Thrazien stationierten Truppen in Verbindung. Kurz darauf verlegte er sein Hauptquartier ins Landesinnere, zuerst nach Havza, dann nach Amasya. Von dortaus sandte er am 18. Juni 1919 dem Kommandeur des in Thrazion stationierten Armeekorps und dem dort gegründeten national-bürgerlichen Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte folgendes Telegramm; "Sie kennen die Handlungen der Entente-Mächte, die unsere nationale Unabhaengigkeit ersticken und den Boden für die Zerstückelung unseres Vaterlandes vorbereiten, ebenso wie die servile und apathische Haltung der Zentralregierung. Das Geschick der Nation einer Regierung dieses Schlags anzuvertrauen, bedeutet sich dem Untergang preiszugeben"(Çatalcalı, B., Diss. Heidelberg 1982, S.88).

Hier zeigte sich deutlich, dass M. Kemal Atatürk die Notwendigkeit der nationalen Unabhaengigkeit des türkischen Volkes als ein Erfordernis der weltgeschichtlichen Entwicklung erkannte. Noch deutlicher wurde dies, als er aus Amasya mitteilte, dass in Sivas ein Kongress stattfinden werde, der die nationalen Organisationen Anatoliens und Thraziens zusammenschliessen solle.

Am 22. Juni 1919 entwarf er in Amasya ein Zirkular (Amasya Tamimi), in dem es hieß, dass "die Integrität des Landes, die Unabhängigkeit der Nation in Gefahr ist. Die Zentralregierung- die Sultan-Regierung- ist der Aufgabe, für die sie die Verantwortung übernommen hat, nicht gewachsen, was zur Folge hat, dass man mit unserer Nation nicht

---

rechnet. Nur die Energie und der Wille der Nation werden ihre Unabhängigkeit retten. Unbedingt nötig ist die Schaffung einer Nationalversammlung, die gegen jede Beeinflussung geschützt und von jeder Kontrolle frei ist, um die Lage der Nation zu prüfen und vor der Welt die Geltendmachung ihrer Rechte zu Gehör zu bringen“ (Çatalcalı, B., Diss. Heidelberg 1982, S.88.). M. Kemal Atatürks Kampfziel war von Anfang an die Errichtung eines neuen souveränen türkischen Staates, der zugleich die Verteidigung der Interessen der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft gewährleisten sollte.

Er sagte in einem Telegramm: ”Ich hab bei allem, was mir heilig ist, geschworen, dass ich im Einklang mit der Nation in voller Ergebenheit arbeiten werde, bis wir unsere volle Unabhängigkeit errungen haben. Ich habe den festen Entschluss gefasst, Anatolien nicht mehr zu verlassen“ (Çatalcalı, B., Diss. Heidelberg 1982, S.89.). Das hätte bedeutet, die militärische Laufbahn zu beenden. Nachdem er die Verbindung zu den neuen nationalen Organisationen aufgenommen hatte, fand vom 23. Juli bis zum 7. August 1919 in Erzurum (Ostanatolien) ein Kongress der ”Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte der Ostprovinzen Anatoliens und Trabezunt (Trabzon)“ statt. Der Kongress hatte ein Repräsentativkomitee gewählt, dessen Leitung M. Kemal Atatürk übernahm und veröffentlichte ein Manifest.

Im Manifest wurde:

1).die Integrität des von den Türken bewohnten Territoriums unterstrichen und...darauf hingewiesen, dass alle Teile des Landes innerhalb der nationalen Grenzen ein unteilbares Ganzes darstellen,

2).die Notwendigkeit betont, jegliche Formen des Mandats oder Protektorats abzulehnen, sowie der Okkupation des türkischen Gebietes seitens der Alliierten entschieden entgegenzutreten,

3).die Bildung einer provisorischen Regierung in Erwägung gezogen, wenn die osmanische Regierung sich als unfähig erwiesen sollte, die territoriale Integrität und die Unabhängigkeit des Landes zu sichern

4).die Gewährung jeglicher Privilegien an ethnische, vor allem aber christliche

---



---

Minderheiten, die die Souveränität des Landes beeinträchtigen, entschieden abgelehnt,

5).beschlossen, darauf hinzuarbeiten, dass das Abgeordnetenhaus in der Hauptstadt nach langer Zeit wieder einberufen wird und seine politische Aufgabe wahrnimmt, die osmanische Regierung zu kontrollieren. (Çatalcalı, B., Diss. Heidelberg 1982, S. 90).

Vom 4- 11.September 1919 versammelte sich in Sivas der Kongress der „Gesellschaften zur Verteidigung der Rechte Anatoliens und Rumeliens“, der die Beschlüsse des Kongresses von Erzurum bestätigte. An dem Sivas-Kongress nahmen die Stammesführer Ostanatoliens, Grossgrundbesitzer, Kaufleute, Vertreter der Geistlichkeit, Beamte, und Generalitaet teil, jedoch keine Vertrter der Arbeiterklasse und Bauern (Bila, H., 1979, S.20.).

Hier gingen die Meinungen sehr auseinander, es wurde heftig diskutiert. Debatten löste die Frage eines amerikanischen Mandates oder eines englischen Protektorates über das osmanische Reich aus. Delegierte der Stammesführer und Feudalherren, wie die konservativen Vertreter “ Vasif Bey, Macit Bey, Bekir Sami Bey, Ismail Fazıl Pascha, Hami Bey, Rauf Bey und Ismet Bey, Adnan Bey und Delegierte aus Westanatolien und Rumelien konnten aus verschiedenen Gründen nicht vertreten werden. ( Bila, H., 1979, S.20.) waren am amerikanischen Mandat über das osmanische Reich interessiert. Aber M. Kemal Atatürk umriss seine Haltung zur Mandatfrage: “Ich muss bemerken, dass ich nicht zu denjenigen gehöre, die sich soweit demütigen würden, zu dem Protektorat der Franzosen oder irgendeiner fremden Macht-England, Frankreich und USA- ihre Zuflucht zu nehmen.Für mich ist es allein die nation,auf die ich mich stütze,und aus ihr allein schöpfe ich jede Stärkung“ ( Atatürk, M. K., Der Weg, Leipzig 1928, S. 69.).

Trotz der Opposition- wie oben aufgezählt- gelang den kleinbürgerlichen Kräften um M. Kemal Atatürk, ihre politischen Ziele bei der Mehrheit der Delegierten durchzusetzen. “In Sivas zeigte die Mehrheit der Delegierten jedoch trotz des vorlaueufigen Kompromisses in der Mandatfrage eine prononciertere antiimperialistische Haltung. Sie proklamierten den Widerstand jetzt gegen jede Intervention und jede Okkupation“ (Glasneck, J. K. Atatürk 1971, S.107.). Damit hatte der Kongress von Sivas direkt gegen die imperialistische Okkupationspolitik der Entente-Mächte in der Vorbereitungsphase des nationalen Befreiungskampfes Stellung genommen.

---

Die Gesellschaften zur Verteidigung Rechte Anatoliens und Rumeliens schlossen sich auf diesem Kongress zu einer "Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte Anatoliens und Rumeliens (Anadolu und Rumeli Müdafaa-i Hukuk Cemiyeti) zusammen, die sehr schnell politische Macht gewann und ein zentralisiertes Organ der nationalen Befreiungsbewegung wurde.

Während des Kongresses wurde das Repräsentativkomitee auf 15 Mitglieder erweitert. Aus den darauffolgenden Wahlen im Lande ging die kemalistische Gruppe der "Gesellschaft zur Verteidigung der Rechte Anatoliens und Rumeliens" gestärkt hervor. „Als sich das letzte osmanische Parlament am 28. Januar 1920 mit der Verkündung des "Nationalen Paktes- Misak-ı Milli- auf die Grundsätze der Vereinigung für die Verteidigung der Rechte Anatoliens und Rumeliens festlegte und dadurch die Zielsetzungen der nationalen Befreiungsbewegung unterstützte“ Çatalcalı, B., 1982, S. 92/93, auch Genç, M., Diss. Heidelberg 1982, S. 112/113).

Als Reaktion hierauf besetzten englischen Truppen Istanbul und lösten am 16. März 1920 das osmanische Parlament auf, dessen Abgeordnete teilweise verhaftet und nach Malta zur Verbannung geschickt wurden. Ein anderer Teil floh nach Ankara. Nach der Parlamentsauflösung unterzeichnete die Padischah-Regierung am 10. August 1920 mit Frankreich, England und Italien in Sevres (Sevr) ein Friedensdiktat (siehe; Potjomkin, W. P., Berlin 1948, Bd. 3. T. 1, S. 121 ff).

Am 23. April 1920 wurde in Ankara ein Parlament (Türkiye Büyük Millet Meclisi, TBMM) eröffnet, das sich zur Grossen Nationalversammlung der Türkei erklärte und nunmehr die höchste Macht im Lande repräsentierte. In der TBMM waren die nationalbürgerlichen Kräften, Großgrundbesitzer, Beamten, Intelligenz und Generalität sowie Vertreter der Geistlichkeit mit M. Kemal Atatürk an der Spitze vertreten. Etwa 380 anstatt der vorgesehenen 414 Abgeordneten waren anwesend. Die Zusammensetzung der TBMM 1920-1923: 115 Beamte und Angestellte, 61 Geistliche, 51 Offiziere-Generäle, 46 Landwirte, 37 Händler, Kaufleute, 29 Rechtsanwälte, 15 Ärzte, 10 Stammesführern, 8 Sektenführer, 6 Journalisten, 2 Ingenieure (Genç, M, 1982, S.135, auch Çatalcalı, B., 1982, S. 96).

---

Jedoch waren weder die Arbeiter noch die Bauern vertreten.“Die Nationalversammlung war das wichtigste Organ im nationalen antiimperialistischen Kampf, musste sich aber auf Grund seiner Klassenbasis gleichzeitig zum Kern eines bürgerlichen Staatsapparates“ (Glasneck, J., 1971, S. 122) entwickeln.

Der schon verschärfte Klassenkampf zwang viele noch Unentschlossene, sich zu entscheiden; entweder für Istanbul-für zentral-absolutistische Reaktion- oder für Ankara- und damit für das Fortschreiten der nationalen Befreiungsbewegung. Am 24. April 1920 wurden unter Leitung von M. Kemal Atatürk, der gleichzeitig zum Vorsitzenden nominiert wurde, ein Exekutivkomitee mit 6 Mitgliedern und ein 11 köpfiger Ministerrat gewählt. “Diese Regierung“, sagte M. Kemal Atatürk in seiner Rede von 24. April 1920 in TBMM, “ist die sich auf die Grundlage der nationalen Souveränität stützende Volksregierung. Sie ist republikanisch“ ( Kili, S., 1976, S.35 auch Genç, M., 1982, S. 117). Die Mitglieder Regierung nannten sich zunächst Kommissare, ihre Bezeichnung wurde später in Minister umgeändert.

Es wäre falsch zu sagen, wie in der allgemeinen Literatur behauptet wird, dass M. Kemal Atatürk eine „diktatorische Gewalt“ (Renesse, E., Köln 1963, S. 138) über die TBMM während der nationalen Befreiungsbewegung ausgeübt hätte. In der damaligen Situation des Landes war er im Gegenteil von Tag zu Tag gezwungen, mit seinen Gegnern schwer zu kämpfen. Nach hartnäckigem Kampf nahm die TBMM ein Verfassungsgesetz an, dessen Verabschiedung am 20 Januar 1921 erfolgte. Dieses Verfassungsgesetz “stellte noch keine endgültigen Sieg über die Vertreter der zentral-klerikalen Reaktion dar, erwies sich aber als wichtiger Schritt auf dem Wege dahin“ (Glasneck, J., 1971, S. 126).

Da die Kemalisten einen dritten Entwicklungsweg einzuschlagen, begannen und die Abschaffung des Privateigentum ablehnten, nahmen sie in der Innenpolitik eine antikommunistische und feindliche Haltung gegenüber den Klassenforderungen der Arbeiter, Bauern und der anderen ein. Im nationalen Befreiungskampf wuchsen die Aktivität der Arbeiter und der fortschrittlichen Kräften. Die Bauern, die wirtschaftliche und politische Lasten trugen, differenzierten sich im Prozess der nationalen Befreiungsbewegung. Die Opposition eines Teils dieser Kräfte spürte M. Kemal Atatürk. Der Führer dieser Opposition war die Ende Mai 1920 in Ankara (mit Wissen und Bewillig

---

---

M. Kemal Atatürks) gegründete “Grüne Armee“(Yeşil Ordu), die ihrem Charakter nach eine Bauernpartei”, (Glasneck, J., 1971, S. 126) war und „als kommunistische Organisation gelten (kann), die die Prinzipien des Islam mit dem Sozialismus zu vereinen sucht“ (Sertel, Y/Galliosot, Frankfurt/Main 1979, Bd.15, S. 41).

Sie vertrat die Interessen der werktaetigen Massen, kaempfte im nationalen Befreiungskampf nicht nur gegen die auslaendischen Imperialisten, sondern auch gegen die einheimische Bourgeoisie und trat für demokratische Reformen im Lande ein. Obwohl M. Kemal Atatürk innere Reformen im Rahmen einer national-bürgerlichen Umgestaltung des zentral-absolutistischen Staatswesens für notwendig hielt, war er nicht mit allen Forderungen der grünen Armee einverstanden. Unter dem Druck der M. Kemal Atatürk-Regierung löste sich im September 1920 auf.

Die bestehenden kommunistischen Gruppen im osmanischen Gebiet hatten zu dieser Zeit die Notwendigkeit der Gründung einer neuen Partei verstanden. Diese einzelnen Gruppen vereinigten sich im Juni 1920 in Ankara zu einer Organisation, die zum Kern der kommunistischen Partei der Türkei, TKP) wurde. Diese revolutionäre Vorhut den zahlenmaessig noch geringen türkischen Proletariats ( Zum Proletariat, siehe; Geschichte... Moskau 1983, Bd. 4, S. 490) traf sich am 10. September 1920 mit dem Gruppen Istanbuls und Anatoliens sowie den Kommunisten, die ehemalige russische Kriegsgefangene gewesen waren, in Baku zum 1. Vereinigtenskongress der KPdT ( Siehe dazu; Dokumente des 5. Parteitages der KPdT I, S. 9). Hierzu stieß der linke Flügel der aufgelösten “Grünen Armee“.

Der Kongress vom 10. September 1920 nahm ein Statut und ein Programm an, er wählte ein Zentralkomitee, dessen Vorsitzender M. Suphi wurde, ein Vorkämpfer der Ideen der Werktaetigen in der türkischen Arbeiter bewegung.Damit wurde eine einheitliche KPdT geschaffen. “Die wichtigste Errungenschaft der Arbeiterbewegung in der Periode der nationalen Befreiungsrevolution war die Gründung der KPdT“( Truchanowski, W. G, Rütten&Loening-Berlin 1963, S. 51). Die KPdT war von ihrer Gründung an verfolgt und wurde im Jahre 1922 durch die kemalistische Regierung verboten. Seitdem arbeitet- bis heute- illegal.

---

Um die kommunistische Bewegung in der Türkei zu unterdrücken, arrangierte die

Regierung ein ungeheuerliches Verbrechen. In der Nacht vom 28 zum 29. Januar 1921 trafen 15 führende Mitglieder der KPdT, unter ihnen M. Suphi von einem Kongress kommunistischen Organisationen des Ostens aus Baku kommend auf dem Weg nach Ankara, in Trabzon- am Schwarzen Meer- ein. Hier wurden sie zunächst verhaftet, zu Tode gefoltert und ihre Leichen ins Schwarze Meer geworfen. Weitere 27 Mitglieder der KPdT in Antolien wurden gleichfalls verhaftet und vor Gericht gestellt. Mit diesen Unterdrückungsmassnahmen versuchten die herrschenden Klassen, ihre Klassenherrschaft und ihre Vormachtstellung in der Befreiungsbewegung zu erhalten.

Der Kampf gegen die imperialistischen Laender machte den Kemalisten deutlich, dass sie den Sieg niemals erringen würden, wenn sie nicht zu Sowjetrusland freundschaftliche Beziehungen herstellen. Am 16. März 1921 wurde in Moskau der Vertrag über Freundschaft und Brüderlichkeit zwischen der Türkei und UdSSR unterzeichnet. Nach der Unterzeichnung dieses Vertrages kam der erste Arbeiter- und Bauernstaat in Russland dem türkischen Volk entsprechend den Prinzipien seiner Außenpolitik in seiner nationalen Befreiungsrevolution zu Hilfe ( Zur sowjetischen Hilfe, Siehe, Glasneck, J., M. K. Atatürk, 1971, S. 167, auch Çatalcalı, B. 1982, S. 105). Diese Beziehungen festigten die antiimperialistische Position der Türkei und trugen zum weiteren Aufschwung der nationalen Befreiungsrevolution des türkischen Volkes bei.

Am 23. März 1921 trat die griechische Armee zu einer Offensive an. Bei İnönü, einem Dorf, das einem Mitkämpfer und Freund M. Kemal Atatürks nunmehr den Namen gab, erlitt sie jedoch eine Niederlage. Weitere Angriffe der von England unterstützten griechischen Truppen wurden am 9. Juli 1921 in harten Kämpfen am Fluss Sakarya zurückgeschlagen. Die durch das Sowjetrusland gewährte Hilfe gab der Regierung M. Kemal Atatürks die Möglichkeit, ihre Truppen zur großen Offensive übergehen zu lassen, die die letzte Phase der nationalen Befreiungsrevolution (26. August 1922- Juli 1923) einleitete.

Sie endete mit der völligen Zerschlagung der griechischen Truppen. Mitte September drangen die türkischen Truppen zu den Dardanellen und zum Bosphorus vor, die von englischen Truppen besetzt waren. Die englischen Truppen waren nicht in der Lage, den Angriff der türkischen Armee aufzuhalten, die von Frankreich und Italien unterstützte

---

---

englische Regierung schlug Friedensverhandlungen vor. Am 11. Oktober 1922 wurde in Mudanya ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet (Zum Waffenstillstand vom Mudanya, Siehe, Truchanowski, W.G., Rütten&Loening-Berlin 1963, S.129). Aber die Meerengen blieben in den Haenden der Entente-Maechte.

Nach der Zerschlagung der imperialistischen Intervention und der griechischen Okkupation rückte die innere Lage des Landes in den Vordergrund. Die patriotischen Kemalisten unternahmen nichts, um die Lage der sehr belasteten Bauern zu verbessern. Landverteilung und die Verringerung der Steuerlasten waren deren Forderungen. Auch die Lage der werktätigen Masse, die große Opfer für die Befreiung des Landes vom Imperialismus und im Kampf gegen die griechischen Truppen gebracht hatten, bedurfte der Verbesserung.

Die KPdT verteidigte- trotz Verfolgung- konsequent die Interessen der werktätigen Massen und Bauern. Der in Ankara stattfindende 2. Parteitag der KPdT wurde durch die Regierung überfallen, dabei starben einige Delegierte.

In dieser Situation luden die Entente- Mächte sowohl die Sultanregierung- Vahdettin Han-in Istanbul als auch die in Ankara gebildete M. Kemal Atatürk-Regierung zu Friedensverhandlungen nach Lausanne (Lozan) in Schweden ein. Die Kemalistische Regierung verlangte die Trennung die Macht des Padischahs vom Staat, um die Macht nicht mit der Padischahs-Regierung teilen zu müssen und den in der nationalen Befreiungsrevolution erreichten Sieg zu festigen. M. Kemal Atatürk sagte dazu; “Die Souveränität und das Recht zu regieren, könne niemanden durch niemanden infolge einer akademischen Diskussion übertragen werden. Die Souveraenitaetet wird durch Kraft erworben, durch Macht und Gewalt“( Çatalcalı, B. 1982, S. 127).

Am 1. Oktober 1922 wurde das Sultanat aufgehoben, der letzte Sultan verliess das Land. Am 20. November 1922 wurde sein Nachfolger Abdülmecid Han als Kalif (Halife) gewählt, so dass das Kalifat dennoch bestehen blieb. Am gleichen Tag begann in Lozan die Friedenskonferenz. Die Entente-Mächte strebten danach, ihre Privilegien im osmanischen Reich zu erhalten und diese auf das Neue zu einem abhaengigen Land zu machen. Den Plaenen der Imperialisten widersetzte sich entschieden die türkische Delegation, die von

---

---

“Vertretern der RSFSR, der Ukrainischen SSR und Georgischen SSR” (Truchanowski, W. G., 1963, S. 130ff) unterstützt wurde.

Mit der Unterzeichnung eines Vertrages am 24. Juli 1923 endete die Konferenz in Lausanne. “Die kemalistische Regierung erreichte darin die internationale Anerkennung als souveräner, unabhängiger türkischer Staat, der durch die Regierung der grossen Nationalversammlung der Türkei am 23. August 1923 ratifiziert. Die ausländischen Okkupationstruppen mussten das Territorium der Türkei verlassen“ (Truchanowski, W. G., 1963, S. 130ff).

Nach dem militärischen Sieg der nationalen Befreiungsbewegung verstärkten sich die existierenden inneren Klassenwidersprüche zwischen den sehr schwach formierten anatolisch- nationalen Flügel und dem zentral- absolutistischen Flügel, der sich mit Vertretern der nichttürkischen Minderheit Istanbul und Izmir liierte. Der anatolisch-nationalistische Flügel wollte einen unabhängigen türkischen Staat, die konservativen Kräfte waren für die Erhaltung des zentral- osmanischen Staates.

### **I. 1. 2. Zur Herausbildung und Entwicklung der Republikanischen Volkspartei von 1923- 1930.**

Die durch Entwicklung der Produktivkräfte herbeigeführte objektive Differenzierung der Klassen- und Sozialstruktur des Landes spiegelte sich im Kampf zwischen der anatolisch-nationalen Kräfte, der Kompradorenbourgeoisie sowie den Grossgrundbesitzer und zentral-absolutistischen Kräften und deren Vertretern in der Nationalversammlung wider. Die Klassenkräfte- Polarisierung in der TBMM zeigte sich in zwei großen Gruppen, die erste Gruppe waren die Vertreter des anatolisch- nationalen Flügels unter M. Kemal Atatürk und zweite Gruppe waren die Vertreter des zentral-absolutistischen Flügels.

Nach Einschätzung der in Türkei veröffentlichten Literatur existierten in der TBMM auch noch mehrere zwischen beiden schwankende kleine Gruppen ( Bila, H., 1976, S. 42, auch Kili, S., 1979, S. 40). Der schon im nationalen Befreiungskampf einsetzende Polarisierungsprozess innerhalb der Klassenkräfte führte zu politischen Auseinandersetzungen und Spaltungen und schliesslich zur Gründung der von M. Kemal

---

Atatürk bzw. von der kemalistischen Fraktion (Gruppe) ins Leben gerufenen kleinbürgerlichen Kräften unterstützten Volkspartei, (Halk Fırkası, HF) die sich aus der Gesellschaft zur Verteidigung der rechte Anatoliens und Rumeliens auf der Grundlage eines 9- Punkte- Programms formierte. Das 9-Punkte-Programm lautet;

Das 1. Prinzip wies darauf hin, dass die Macht ohne irgendwelche Einschränkungen und Bedingungen der türkischen Nation gehört.

Das 2. Prinzip bekräftigte den Beschluss der großen nationalen Versammlung der Türkei vom 1. November 1922 über die Abschaffung des Sultans und die Konzentration der Macht in der Hand der großen Nationalversammlung der Türkei.

Das 3. Prinzip rief zum entschiedenen Schutz der Errungenschaft der Revolution und Sicherheit des Landes auf.

Das 4. Prinzip war der Rechtsbesprechung gewidmet.

Das 5. Prinzip revidierte die Erhebungsart und –weise des Aschars ( Öşür-Steuern) endgültig, die die Ursache für Unzufriedenheit des Volkes war und richtete sich auf die Tätigkeit der Finanzorgane, damit sie auf die Gewährung der kleinen Kredite für Gutsbesitzer, Industriellen, Kaufleute, Handwerker u.a. Einfluss nehmen konnten.

Das 6. Prinzip proklamierte die Notwendigkeit der Verkürzung des Militärdiensts und der Verbesserung der materiellen Lage der Militärangehörigen.

Das 7. Prinzip beinhaltete das Versprechen einer Erhöhung des Lebensstandards der Offiziere, der Kriegsveteranen und Rentner.

Das 8. Prinzip war der Tätigkeit der Beamten, der Verbesserung ihrer materiellen Versorgung gewidmet.

Das 9. Prinzip wird über die Forderungen in privaten Initiative und über Maßnahmen, die für den Aufbau des durch den zerstörten Landes getroffen werden müssen, gesprochen.



---

Am 9. September 1923 wurde das Statut und gleichzeitig das Programm- bis zum Jahre 1931- der HF ausgearbeitet und nach einer Wahl am 11. August 1923 wurden M. Kemal Atatürk zum Parteivorsitzenden, İsmet Paşa ( İnönü ) zum Stellvertretenden Parteivorsitzenden und Recep Peker zum Generalsekretär gewählt. 23. Oktober 1923 wurde der Gründungsantrag der Partei an das Innenministerium gestellt (Kili, S., 1979, S. 45/46) und genehmigt.

Im Programm sind folgende Grundprinzipien festgelegt: Die uneingeschränkte und bedingungslose Souveränität des Volkes, die Volksregierung, Staatsapparat, Kultur, und Ökonomie werden, von der Volkssouveränität ausgehend, verändert. Reformen in Justiz, Finanzen, in der Landwirtschaft, in der Industrie, in der Sozialhilfe, im Militärdienst und in der Beamtenschaft sind vorgesehen. Neben der Institutionen für die soziale und Gesundheitshilfe, besonders die Notwendigkeit einer Reform des Aschar-System der Bauern, Abgabe der Kredite an Bauern, Beschaffung von neuen Maschinen, Zusammenschluss der Bildung und Verwirklichung der modernen laizistischen nationalen Erziehung beinhaltet das Programm der CHP. (Kili, S., 1979, S. 43).

M. Kemal Atatürk erklärte sein Ziel: "Ich möchte eine Partei gründen, die alle Klassen der türkischen Gesellschaft in sich vereint" (Genç, M., 1982, S.153). Am 29. Oktober 1923 wurde die Gründung der Republik der Türkei proklamiert. Das Parteivorsitzende M. Kemal Atatürk wurde in der TBMM zum Präsidenten und İsmet İnönü zum Ministerpräsidenten gewählt, der Regierungssitz befand sich nun in Ankara.

Mit der türkischen Republik, der "einzig möglich(n) Form für die Herrschaft der (einheimischen) Bourgeoisie" (Marx, K., 1963, MEW. Bd. 8, S. 172), hatte die erste Etappe der nationalen Befreiungsbewegung- die Errichtung der staatlichen Unabhängigkeit- ihren Abschluss gefunden. Die objektiven Voraussetzungen für die zweite Etappe- die Festigung und Verteidigung der errungenen staatlichen Unabhängigkeit, Überwindung der von ausländischen Imperialisten hinterlassenen Rückständigkeit, der Aufbau einer nationalen Wirtschaft und die Hebung des Lebensniveaus des gesamten Volkes- wurden mit der erfolgreichen Beendigung der ersten Etappe geschaffen.

Die politische Unabhängigkeit ermöglichte die Entwicklung der Produktivkräfte und damit auch der Produktivverhältnisse. In dieser Entwicklung führte die im Ergebnis

---

---

der nationalen Befreiungsrevolution an die Macht gelangte einheimische Bourgeoisie unter Führung der HF, die sich am 10. November 1923 nach der Gründung der türkischen Republik in Republikanischen Volkspartei (Cumhuriyet Halk Fırkası, CHF) umbenannte, keine grundlegenden sozialökonomischen Umgestaltungen durch. Sie beschränkte sich auf einige Reformen von oben im gesellschaftlichen Überbau. So z.B. die Abschaffung des eine reaktionäre Gefahr bedeutenden Kalifats am 3. März 1924, die Verstaatlichung des Besitzes, des Vermögens und aller Einrichtungen der islamischen Geistlichkeit, die Verkündung der neuen Verfassung am 20. April 1924, die die Grundlage der bürgerlichen Umgestaltung bildete, die Auflösung der geistlichen Schulen und die staatliche Kontrolle des gesamten einheitlichen Bildungssystems, die Verwirklichung des Prinzips des Laizismus, die Durchführung einer Schrift-, Sprach- und Kleiderreform (Zur Reformen, siehe: Glasneck, J., 1969, S. 214 und Einhorn, M, Diss. Berlin 1983, Teil II, S. 162/63).

Damit hat die Türkei bei der gesellschaftlichen Umwälzung den "reformistischen Weg" eingeschlagen. Es wäre falsch zu behaupten, dass die Türkei nach der nationalen Befreiungsrevolution einen nichtkapitalistischen Weg hätte einschlagen können, da die inneren Klassenverhältnisse und die nationale Klassenpolitik der Kemalisten dies unmöglich machten. Die Kemalisten sahen von vornherein "in der Entwicklung des Landes und der Verbesserung der sozialen Lage, der Volksmassen", die sie stets als wichtiges Ziel ihres Reformwerkes betrachtete (n), kein Klassenziel, sondern eine nationale Aufgabe" (Atatürk, M. K., Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaft der DDR, Jg. 1982, Nr. 7/G, S.17).

Die CHF verlangte die Zentralisation und Konzentration aller Klassenkräfte, um die vor der Türkei stehenden sozialökonomischen u.a. Probleme lösen zu können. Zu diesem Zweck verkündete die CHF als ihr Ziel, "an Stelle des Klassenkampfes die soziale Ordnung und den Gemeinsinn zu setzen, sowie die verschiedenen Interessen harmonisch auszugleichen" (Republikanische Volkspartei, Programm, Ankara 1935, S. 6).

Nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit und der Gründung der CHF hatten die Kemalisten das Verhältnis von politischer Unabhängigkeit und ökonomischer Befreiung vom ausländischen Imperialisten erkannt. Sie formulierten die Dialektik vom

Politik und Ökonomie so; “Die vollkommene Unabhängigkeit ist mit einer vollkommen unabhängigen Wirtschaft identisch... Die einzige wahre Kraft für die Verwirklichung all dessen ist die stabile Ökonomie. Wie ruhmreich auch die politischen und militärischen Siege sein mögen, wenn sie nicht mit wirtschaftlichen Erfolgen besiegelt werden, kann das Resultat von keiner Dauerhaftigkeit sein” (Zit. nach; Wirtschaftskongress der Türkei von 1923 in Izmir (Izmir İktisat Kongresi 1923), Ankara 1971, S. 258).

Zum Zwecke der Schaffung einer gesamtnationalen Wirtschaftspolitik versammelte sich der Wirtschaftskongress der Türkei “vom 17. Februar bis 4. März 1923 in Izmir. 1135 Delegierte aus dem ganzen Land und allen Schichten und Klassen (Arbeiter, Bauern, Kaufleute, Unternehmen, Industriellen u.a.) (Avcıoğlu, D., Ankara 1969, S. 340) nahmen teil. Der Kongress erarbeitete die Leitlinien für diese Wirtschaftspolitik. M. Kemal Atatürk erklärte in seiner Eröffnungsrede; “Um vollständige Resultate zu erreichen... ist es deshalb notwendig, unsere Wirtschaft zu entwickeln und zu stärken, um die ökonomische Unabhängigkeit des Landes zu gewährleisten” (Zit. Nach, Atatürk, Izbrannyereci, S. 275, in, Glasneck, J., K. Atatürk...S.248).

Die Richtlinien des Kongresses sind folgende; 1) Es wird eine nationale Wirtschaftspolitik betrieben, sämtliche Wirtschaftszweige sollen nationalisiert werden. 2) Die Rolle, welche die ausländischen und nicht national türkischen Unternehmen bisher im türkischen Wirtschaftsprozess gespielt hat, soll die nationale Bourgeoisie selbst übernehmen. Da sie aber für diese zu schwach ist, soll sie vom Staat geschützt und unterstützt werden. 3) Der Übergang vom Manufaktur und Kleinindustrie zur Industrie soll beschleunigt werden. 4) Die Position des Fremdkapitals soll geschwächt werden und dieses nur soweit zugelassen werden, wie es den neuen Gesetzen gehorcht und den nationalen Interessen entspricht. 5) Die Türkei ist noch ein Agrarstaat mit sehr niedriger Produktivität der Landwirtschaft. Die landwirtschaftlichen Erzeuger sollen von der Saat mit Krediten, steuerlichen Erlass unterstützt werden. 6) Das einheimische Gewerbe soll gestärkt und vor der ausländischen Konkurrenz durch geeignete Zollpolitik geschützt werden. 7) Der Außenhandel soll vom Staat kontrolliert werden. 8) In den Zweigen, wo private nationale Unternehmer zu Investitionen nicht in der Lage sind, der Staat diese Aufgabe übernehmen... u.a. (Vergleich; Genç, M., Die besondere Rolle, 1963, S. 207/08).

---

Der Kongress orientierte sich deshalb darauf; “ die zerrüttete Volkswirtschaft wiederherzustellen, eine eigene nationale Industrie auf der Grundlage der vorhandenen Rohstoffe aufzubauen und das dafür nötige Kapital bereitzustellen, das ausländische Kapital zurückzudrängen, das Land durch den Bau eines Eisenbahn- und Strassennetzes zu erschliessen und die landwirtschaftlichen Erträge zu erhöhen. Wo es an privatem Kapital mangelte, sollte sich der Staat direkt in den Wirtschafts- und Verkehrsaufbau einschalten” (Glasneck, J., M. K. Atatürk...1979,S. 248,auch Çatalcalı, B., Unterentwicklung..1969, S. 119).

Diese Leitlinien zeigen, dass die Kemalisten die Interessen der werktätigen Massen nicht zum Ausdruck brachten. Sie hielten fest, dass “das Volk der türkischen Republik nicht als aus Klassen bestehend anzusehen ist, sondern es als eine Gemeinschaft zu betrachten (sei): Bauern, Handwerker, Arbeiter, Industrielle, Kaufleute und Beamten bilden eine nationale Einheit” (Republikanische...1935, S. 5). Damit blieben die Forderungen der an dem Kongress beteiligten Arbeiter und Bauern an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes unberücksichtigt. Die Arbeiter forderten das Recht auf Gründung von Vereinen, das Streikrecht, den 8-Stunden Arbeitstag, das Verbot der Kinderarbeit, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sowie das Recht auf Versicherung und Rente, die Anerkennung des 1. Mai als Kampffeihtag der Arbeiter. Die Bauern verlangten die Abschaffung von Aschar, die Mechanisierung der Landwirtschaft, die Modernisierung der Arbeitstechnik und eine Bodenreform.

Die Kemalisten haben die Eigentumsverhältnisse und die Machtverhältnisse sowohl in der Stadt als auch auf dem Land nicht verändert. Sie begnügten sich damit,“durch verschiedene Massnahmen die Herstellung einheimischer Waren in den vorhandenen und von Privatunternehmen neugegründeten Fabriken zu fördern ,das Verkehrswesen zu entwickeln und die in den Händen ausländischer Monopole befindlichen Konzessionen zurückzukaufen”(Glasneck, J. M. K. Atatürk..1979, S. 248).

Von den Beschlüssen des Kongresses ausgehend kann festgestellt werden, dass die Interessen der sich herausbildenden nationalen Bourgeoisie und der Grossgrundbesitzer sowie der Kompradorenbourgeoisie auf dem Kongress aufeinanderprallten. Der Kongress

zeigte, dass sich der” Prozess der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“ (Marx, K. Der Akkumulationsprozess des Kapitals, in: MEW. Bd. 23, Berlin 1979, S. 589) in der Türkei schleppend entwickelte. Bislang vorliegende Statistiken weisen erhebliche Abweichungen voneinander hinsichtlich wichtiger Zahlen auf. So wird die Zahl der türkischen Arbeiter Anfang der zwanziger Jahre in einer Quelle mit 400.000 bis 500.000 angegeben, eine andere Arbeit weist 76.216 nach. (Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung.. 1986, S. 490 und Çatalcalı, B., Unterentwicklung...1982, S. 117).

Vor- und frühkapitalistische Verhältnisse, die durch das Nebeneinanderbestehen mehrerer Formationen gekennzeichnet sind, bestimmten die komplizierte Klassenstruktur. Diese Kompliziertheit aeussert sich hier nicht nur in der Zahl der Klassen, sondern auch im Grad der Differenziertheit der sozialen Bedingungen der Bourgeoisie, der Grundbesitzer, Bauernschaft und des Proletariats.

Es ist unzutreffend, dass der türkische Staat in den Jahren vom 1923 bis 1930 eine estatistische Wirtschaftspolitik angestrebt hatte, obwohl sich einige Tendenzen des Etatismus in diesem Zeitraum abzeichneten. In der Zeit 1923-1930 wurden die Nationalisierung und Industrialisierungsmassnahmen entsprechend den Letlinien des Kongresses von Izmir realisiert (Vergleich; Keskin, H., Die Türkei... Diss. Berlin (W)1976, S. 76ff). Jedoch war die wirtschaftliche Entwicklung in der jungen türkischen Republik sehr bescheiden, da die sozialökonomischen Massnahmen bis zum Jahre 1930 wegen mangelnden nationalen Kapitals nicht erfolgreich durchgeführt wurden (Siehe dazu; Keskin, H.; Die Türkei..1976, S. 77ff).Der Staat konnte in die ökonomischen Verhaeltnisse, die sich im materiallen Produktions-und Reproduktionsprozess herausbildeten, nicht eingreifen. Da die Mehrheit der Bourgeoisie und Grossgrundbesitzer die Durchführung des Etatismus verhinderte. Gleichwohl finanzierte er einige industrielle Vorhaben aus seinem sehr engen Haushalt. “Nach der Ablehnung einer Gesetzesvorlage aber die unmittelbare Beteiligung des Staates am Wirtschaftsleben seitens der TBMM reduzierte der Staat seine Aktivitaet auf ein Minimum und versuchte, die Industrialisierung des mit massiver Unterstützung des privaten Sektors voranzutreiben“ (Çatalcalı, B.; Unterentwicklung...1982, S.121).

Die CHF, die die politische Macht in Alleinherrschaft bis 1946 ausübte, betrachtete sich als Repraesentant aller Klassen und Schichten. Aber die ungleichmassige Entwicklung

---

des türkischen Kapitalismus führte objektiv immer mehr zur Polarisierung der Klassen- und Sozialstruktur des Landes. In diesem Polarisierungsprozess konstituierten sich die Hauptklasse der kapitalistischen Gesellschaft-die Bourgeoisie und das Proletariat.Durch die eingeleitete Wirtschaftspolitik der kemalisten schritt er voran.Die CHF ist in diesem Prozess in zwei Richtungen gespalten,eine konservative richtung,die sich mit türkiscgen Kompradorenbourgeoisie,den Grossgrundbesizern und zentralen klerikalen Kräften verbündete, die zweite Richtung, die Kemalisten, die ein Teil der Bourgeoisie ( Klein-und Mittlere Bourgeoisie), der Militärs, der Bürokratie sowie der Intelligenz in sich vereinigte.

Die konservativen Kräfte traten aus der CHF aus und gründeten am 17.November 1924 die „Republikanische Fortschrittspartei “(Terrakki Cumhuriyet Fırkası, TCF). Die Führungsmitglieder der TCF waren praktisch alle frühere enge Mitarbeiter M. Kemal Atatürks in der nationalen Befreiungsbewegung. K. Karabekir wurde ihr Vorsitzender. Seine Stellvertreter waren A. Adivar und H. Rauf (Orbay), ihr Generalsekretär A. Fuat (Cebesoy). Das Programm der TCF enthielt reaktionäre Forderungen. Es verlangte zwar von der CHF Pressefreiheit, Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit (Art. 6, 7), Verfassungsänderungen, Begrenzung jeder Art von staatlicher Einmischung (Art. 9), Förderung des privaten Sektors (Art. 29-32) und Förderung des ausländischen Kapitals (Art. 41-42).Doch ging es nicht um den Fortschritt, sondern offen gegen M. Kemal Atatürk und die CHF. Die TCF gewann sehr schnell an Einfluss. Viele Mitglieder strömten ihr in kurzer Zeit zu, da die CHF die schwierige ökonomische Situation nicht bewältigen und die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht beseitigen konnte.

In dieser politischen Auseinandersetzung hatten sich die kurdischen Staemme unter Führung Scheyh Sait am 13.Februar 1925 im Ostanatolien erhoben. Die Kurden waren jahrelang durch die türkische Regierung unterdrückt gefühlt. Ihre wirtschaftliche Lage war sehr schlecht, sie lebten teils Nomaden, teils als Bauern. In ihrem Siedlungsgebiet, im Osten der Türkei, gab es in dieser Zeit keine Industrie, Eisenbahn und Straßen. Sie forderten ihr Selbstbestimmungsrecht bis zur Lostrennung, also die staatliche Unabhängigkeit. Der kurdische Aufstand, der von dem englischen Imperialismus mit finanziellen und politischen Mitteln unterstützt wurde, wurde durch die türkische Regierung, die in der TBMM das “Gesetz zum Schutz der Ordnung“ (Takrir-i Sükun Kanunu) verabschiedete, blutig

---

niedergeschlagen. Auf dieser Grundlage konstituierte die İnönü-Regierung am 12. März 1925 Sondergerichts (İstiklal Mahkemeleri), um den Aufstand und oppositionelle Kräfte besser unterdrücken zu können.

Nachdem Kurdenaufstand niedergeschlagen und seine Führer gehängt worden waren, wurde die TCF am 3. Juni 1925 mit der Begründung den Aufstand unterstützt zu haben bzw. an ihm indirekt beteiligt gewesen zu sein und an einem im Juni 1925 in Izmir aufgedeckten Attentat gegen M. Kemal Atatürk teilgenommen zu haben, verboten. Ihren Führern wurden die Abgeordnetenmandate entzogen. Im selben Jahr wurde die "sozialistische Morgendämmerung" (Aydınlık)- Gruppe verhaftet, gefoltert und ihre Zeitschrift, deren Redaktion der bekannten Schriftsteller N. Hikmet angehörte, verboten.

Außenpolitisch hatte die CHF entsprechend der Losung "Friede im Lande und Friede in der Welt" (M. Kemal Atatürk) auf der Basis des im Jahre 1921 abgeschlossenen Vertrages am 17. Dezember 1925 einen Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag zwischen der Türkei und der UdSSR unterzeichnet, der die Position der Türkei in der internationalen Lage stärkte.

Die Wirtschaftspolitik der CHF verzeichnete seit dem Wirtschaftskongress von Izmir bestimmte Erfolge auf dem Gebiet Eisenbahnbau (Zum Eisenbahnbau, siehe; Bozbağ, A. F.: Das kemalistische..., Diss. Frankfurt/Main 1970, S. 76ff) und in der Industrie ( Zur Industrie, siehe: Bozbağ, A. F.; Das kemalistische....1970, S.84ff). Die neugegründeten türkischen Banken- die türkische Arbeitsbank, die türkische Industrie- und Bergbaubank- und die Nationalisierung der ausländischen Vermögen im Eisenbahnbau, Verkehrswesen und Bergbau, begrenzten den Einfluss des ausländischen Kapitalexports. Aber die Hauptfrage der wirtschaftlichen Entwicklung lag in der Landwirtschaft. Die Bauernschaft befand sich wegen ungelöster Agrarprobleme nach wie vor in einer schwierigen Lage. Zwar war der Aschar am 17. Dezember 1925 aufgehoben, war Land aufgeteilt worden, doch gab es kaum Massnahmen zur Mechanisierung der Landwirtschaft und zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion. Der Charakter feudalen Grundbesitzes blieb dennoch erhalten (Genç, M.:Die besondere Rolle.....1982, S.278ff ). Die CHF konnte keine Bodenreform im Lande durchführen, da sie einerseits am Einfluss der feudalen und halbfeudalen Grossgrundbesitzer in der Partei scheiterte und andererseits keine

---

---

grundlegenden Veränderungen der Produktions- und Eigentumsverhältnisse auf dem Lande anstrebte, obwohl sie aus propagandistischen Gründen einen Entwurf zum Bodenreform in der TBMM eingebracht hatte.

Die CHF, die ihrem Charakter nach eine national-reformistische Partei war, versammelte ihren Delegierten erst am 15. Oktober 1927 in Ankara zum zweiten Parteikongress, der bis zum 23. Oktober 1927 andauerte. Auf dem Parteikongress hielt der Parteivorsitzende M. Kemal Atatürk eine große Eröffnungsrede und erklärte, dass der erste Parteikongress der Sivas-Kongress und dieser Parteikongress der 2. Parteikongress sein solle. In seiner Rede betonte er die Bedeutung der nationalen Befreiungrevolution und bewertete die gesellschaftliche Entwicklung in der Türkei. Er stellte fest, dass die CHF eine eigenständige Partei und ein Statut der Partei (CHF-Nizamnamesi) angenommen und eine allgemeine Erklärung abgegeben, die später eine Grundlage für das Parteiprogramm wurde.

Der Kongress nahm die drei Leitsätze der CHF, den Nationalismus, Republikanismus, und das Volkstum in Statut auf (Art.1). Die allgemeine Erklärung betonte die Prinzipien so: "Die CHF ist republikanisch, nationalistisch, laizistisch und volkstümlich. Diese Prinzipien der Partei herrschen in der gesamten Politik und in der Verwirklichung und Durchführung der gesamten Gesetze (Zit. nach: Umumi Riyasetin Beyannamesi, CHP Büyük Kongresi, CHP Büyük Kongresi, Ankara 1927, S.1). Jedoch wurde das Prinzip des Laizismus nicht ins Statut aufgenommen. Die Parteileitung wurde, wie folgt, festgelegt: Parteivorsitzender, Parteileitung (hierin der Parteivorsitzende, sein Stellvertreter, und der Generalsekretär), die Mitglieder zählende Parteivorstand und das Parteipräsidium (hierin die Parteileitung, die Mitglieder der Regierung und das Exekutivrates der Partei) (Siehe: Giritlioğlu, F. Türk Siyasi Tarihinde CHP'nin Mevkii, Ankara, Bd.1, S. 71/72).

Die CHF wurde analog zu den Verwaltungseinheiten des Landes gegliedert; unterste Ebene bildet Ocak (die kleinsten Einheiten). Den nächsten größeren Verwaltungseinheiten (Nahiye) entsprechend sind die zu einem Gebietsgremium- Bucak (Kreis)- gehörenden Nachbarschaften zusammengefasst. Jede hat ein Verwaltungskomitee mit einem gewählten Vorsitzenden. Der Kreisstadt (Kaza) entspricht die Kreisorganisationen- İlçe- deren Kreisvorsitzender- İlçe Başkanı- von allen



Parteimitgliedern des Kreises gewählt wird. Die Parteiorganisationen laufen auf Provinzebene in der Provinzorganisation- İl-zusammen, die von einer Parteileitung (Merkez Yönetim Kurulu) mit einem Provinzvorsitzenden- İl Başkanı- an der Spitze geleitet werden. Er erhält seine Anweisungen vom Parteivorstand- Parti Meclisi- aus der Hauptstadt Ankara. Der Parteivorstand wird auf regelmäßig alle vier Jahre abgehaltenen Parteikongressen- Kurultay- von den Provinzdelegierten gewählt.

Nach dem 2. Parteikongress wurde die kapitalistische Entwicklung durch das "Gesetz zur Förderung der Industrie" beschleunigt. Das Gesetz hatte die privaten türkischen Unternehmer durch staatliche Hilfe gefördert. Sie konnten staatliche Grundstücke erwerben, ihnen wurden Steuererleichterungen, ermäßigte Transportkosten und Zollerleichterungen gewährt (Siehe dazu; Çatalcalı, B.; Unterentwicklung.....1982, S.122). Die Zahl der Industriebetriebe wuchs von 342 im Jahre 1923 auf 470 im Jahre 1927 sowie 1.473 im Jahre 1932(Siehe dazu; Çatalcalı, B.; Unterentwicklung.....1982, S.122/23). Die staatlichen Investitionen flossen in den Bergbau, das Verkehrswesen und in die Industrie.Das Vorschreiten der kapitalistischen Entwicklung spiegelte sich auch im Akkumulationsprozess des Kapitals und in der Herausbildung des Klassenkräfte in der Türkei wider. Die privaten Bankeinlagen stiegen von 1924-38 von 13 Millionen TL auf 227 Millionen TL an (Weiher, G.; Militär...Diss. Opladen 1978, S.77/78). Der Anteil der Angehörigen im Staatsapparat- der militärischen und zivilen Intelligenz sowie der Beamten- betrug 1920-46 33-45% im Parlament, im Regierungskabinet zwischen 43-61%, er fiel 1943-46 auf 16%, 1950-54 weiter auf 13%. Demgegenüber erhöhte sich die Zahl der privaten Unternehmer allein in Izmir 1924-38 von 9 auf 41(Weiher, G.; Militär ...,Diss. Opladen 1978,S.78/79). Trotz der gesetzlichen Förderung des privaten Kapitals konnte die wirtschaftliche Entwicklung nicht vorangetrieben werden, da die Investitionen eher in den Handel und das Bankwesen abflossen.

## **I.2.Zur Entwicklung der Republikanischen Volkspartei von 1930 bis zum Ende zweiten Weltkrieges.**

### **I.2.1.Programmatik und praktische Politik der Republikanischen Volkspartei von 1930 bis 1939.**

Unter den Belastungen der Weltwirtschaftskrise begann die CHP ihren nationalen

---

Wirtschaftskurs in Richtung zum Etazismus (Devletçilik) zu ändern. Die Entwicklung des türkischen Kapitalismus und Polarisierungsprozess der Klassenkräfte führten innerhalb der CHF an einer zweiten Spaltung im Jahre 1930 und zur Gründung “der Freien Republikanischen Partei“ (Serbest Cumhuriyet Fırkası, SCF) (Siehe dazu; Genç, M., Die besondere Rolle..1982, S. 179) sowie außerhalb der Partei zur wachsenden Unzufriedenheit der Bevölkerung.

Diese Partei wurde, einer Anregung M.Kemal Atatürks folgend, durch den in Paris als Botschafter tätigen Freund und Kampfgefährden Fethi Bey (Okyar) gegründet. Er wurde am 12. August 1930 zum Parteivorsitzenden gewählt. Hier „handelt es sich wohl nicht so sehr um ein Experiment mit der parlamentarischen Demokratie als um das Bestreben, die Unzufriedenheit weiter Kreise der türkischen Handelsbourgeoisie mit den staatlichen Eingriffen in die Wirtschaftspolitik“ (Glasneck, J; M. K. Atatürk...1979, S. 230) aufzufangen. Sie wurde Sammelbecken aller reaktionären Kräfte. Die CHF-Regierung reagierte sehr schnell darauf und bat Fethi Okyar um die Auflösung der Partei. Die SCF löste sich am 17. November 1930 auf und gleichzeitig wurden einige andere politische Organisationen ebenfalls verboten.

Die national-reformistische Politik der CHP-Regierung unter I. İnönü löste die sozialökonomischen und politischen Probleme des Landes nicht. Deshalb berief die CHP den 3. Parteikongress nach Ankara ein, um diese Probleme im Rahmen des dritten Entwicklungsweges zu lösen und die Unzufriedenheit der Volkmassen zu mildern. Der Kongress dauerte vom 10-18. Mai 1931. Hier wurden weitere drei Leitsätze der CHF verabschiedet, der Laizismus, der Etazismus und der Reformismus. Die sechs Prinzipien der CHF (später CHP): Der Nationalismus rangierte dabei, ganz im Sinne Z. Gökals, an erster Stelle. Er umfasst zwei Seiten die Unabhängigkeit und Souveränität des türkischen Nationalstaates, zum anderen die utopische Auffassung von einer durch keinerlei Klassenwidersprüche zerrissenen türkischen Nation. Mit dem Prinzip des Republikanismus sollte allen zentralabsolutistischen Restaurationsversuchen entgegengewirkt werden. Hinter dem Begriff Reformismus verbarg sich das Bestreben, die Errungenschaften der Weltkultur und Zivilisation dem türkischen Volke zugänglich zu machen. Das Volkstum bedeutete sowohl das Zusammengehen mit dem Volk als auch die Besinnung auf die eigene Kultur

---

und Geschichte des türkischen Volkes. Der Etazismus proklamierte die staatliche Wirtschaftsbeförderung. Der Laizismus ist die Trennung von Islam und Staat, (Glasneck, J.; M. K....1979, S.222/23 auch Çatalcalı, B., Unterentwicklung..1963, S.134 -136). Die bis 1980 geltenden sechs Leitsätze schmücken symbolisch die rote Fahne der Partei mit sechs Pfeilen, die den Charakter der modernen Türkei demonstrieren. Der Partei-Kongress bedeutete einen Wendepunkt in der Geschichte der CHP. Dieser Parteikongress bedeutete einen Wendepunkt, da ein konkretes Programm und ein Statut angenommen und eine neue Wirtschaftspolitik im Programm fixiert wurden. Im selben Jahr wurde Fırka zur Partei (Parti) umbenannt. Diese sechs Prinzipien wurden auf dem 4. Parteikongress sowohl ins Parteistatut als auch in das reformistische Parteiprogramm aufgenommen und bestaetigt.

Während des 3. Parteikongresses wurden in der Parteiführung keine großen Veränderungen vorgenommen. Jedoch wurde der Parteisekretär neugewählt. An Stelle R. Pekers trat S. Arıkan. In der verkündeten sechs Prinzipien hieß es: "obgleich wir die private Arbeit und Tätigkeit als Grundlage betrachten, ist es eines unserer Prinzipien, der Staat aktiv an den Angelegenheiten zu interessieren, wo allgemeine und vitale Interessen der Nation in Frage stehen..., um die Nation und das Land in möglichst kurzer Frist zur Proprietät zu führen" (Glasneck, J. K., 1979 S. 261).

Der auf dem Parteikongress beschlossene Etazismus "stellte ein System von staatlichen Maßnahmen zum Aufbau einer nationalen Industrie eines rückständigen Landes mit antiimperialistischer Komponente dar" (Glasneck, J.K. 1979, S.261). Der Staat versuchte, durch eigene Investitionen in den Industriebetrieben, Eisenbahnen und Bergwerken einen "staatlichen Sektor" (Keskin; H. 1983.S.83/84). zu konstituieren. Seit 1930 ist der Staat ein "Wirtschaftssubjekt" und ein Beschleuniger der Kapitalakkumulation. "Er habe die Ansammlung von Kapital in verschiedenen Formen zu fördern und dort einzugreifen, wo die Arbeit oder das Kapital des einzelnen nicht ausreicht" (Glasneck, J. K. 1979 .S.262).

Der Etazismus distanzierte sich von der sozialistischen Wirtschaft, wie M. Kemal Atatürk zum Ausdruck brachte: "Der Etatismus ist keine Übersetzung der Ideen, die seit dem 19.Jh. von den Theoretikern des Sozialismus vorgebracht werden" (Zit. nach; Tuna, O., Philippsburg (Baden) 1938, S. 83). Aber die CHP-Regierung übernahm einige positive

---

Elemente der sozialistischen Planwirtschaft der UdSSR, wie z. B. den Fünfjahrplan 1930-34 und im Jahre 1932 das Importmonopol von Zucker, Kaffee und Tee. Auch wurden Wirtschafts- und Finanzorganisationen gegründet. 1932 wurde anstelle der schon im Jahre 1924 gegründeten Industrie- und Bergwerksbank das staatliche Industriebüro und die türkische Industrie- und Kreditbank gegründet. 1933 wurden diese beiden Institutionen in der Sümerbank verschmolzen. Bereits 1929 wurde ein Institut für landwirtschaftliche Produkte (Toprak Mahsülleri Ofisi, TMO) gegründet. 1935 wurde die Etibank, die für den Bergbau und Energiewirtschaft verantwortlich war, gegründet. (Siehe, Mitzlaff, Ch.v, Diss. Bonn 1975, S. 138ff). Trotz der Industrialisierungsmaßnahmen entstand keine mächtige Industrie (Zur industriellen Entwicklung, siehe, Genç, M., Die besondere Rolle...1979 .S. 260ff). Die Türkei erhielt im Jahre 1932 finanzielle und personelle Unterstützung aus der UdSSR. Die Entwicklung ging, wenngleich langsam, voran. Zwei Jahre später schloss die CHP-Regierung mit den USA ein Anleihabkommen über 18 Millionen Dollar (Öcal, E., Diss. Mannheim 1964, S.53).

Zugleich zeichneten sich Tendenzen der ökonomischen, institutionellen und personellen Verflechtung zwischen dem Staat und der Partei, der Innen- und Außenpolitik sowie Wirtschaftspolitik des Staates verstärkt ab. Diese Verflechtung bedeutet, dass sich im Staat eine "bürokratische Bourgeoisie" (M. Suphi 100.Yıl Tezleri, S. 28) etablierte, die aus der militärischen und zivilen Bürokratie hervorging.

Hier durch verstärkte sich die Kluft zwischen der praktischen Politik der CHP und ihren programmatischen Aussagen. Die CHP gab den Volksmassen keine Möglichkeit, zur sozialökonomischen und politischen Entwicklung des Landes beizutragen, da sich auf den Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft beschränkte. Sie nahm keine klare Stellung zum Privateigentum an Produktionsmitteln und zur privaten Aneignung der Ergebnisse der Produktion ein. Der Etazismus entwickelte sich zugunsten der herrschenden Klasse. Das Proletariat kämpfte in dieser Zeit für seine ökonomischen und politischen Rechte. Die CHP-Regierung beschloss neue Reprassalien gegen das Proletariat.

Am 9. Mai 1935 wurde der 4. Parteikongress der CHP nach Ankara einberufen. Er dauerte 7 Tage, letztmalig nahm M. Kemal Atatürk an einem Kongress teil. Auf dem

Kongress wurden die Bedeutung des Etatismus und der Planwirtschaft betont und das Parteiprogramm und- Statut bestätigt. Die sechs Prinzipien der CHP wurden zwei Jahre später (13. Februar 1937) in die türkische Verfassung aufgenommen. Deren 2. Artikel lautete dementsprechend: "Der türkische Staat ist nationalistisch, republikanisch, volkstümlich, etatistisch, laizistisch und reformistisch"( Bila, H.; Geschichte..1979. S.117).

Die ungleichmäßige Entwicklung des türkischen Kapitalismus spiegelte sich auch in der Verflechtung zwischen dem Staat, der Partei und der Regierung wider. Der Parteisekretär wurde gleichzeitig- bis1946- Innenminister des Kabinetts. Die Gouverneur( Vali )einer Provinz wurde zugleich der Parteivorsitzende der Partei und Delegierte zum Parteikongress. 1946 wurde dies voneinander getrennt.

Als die CHP-Regierung einen Bodenreform-Entwurf im Jahre 1937 ins Parlament gebracht hatte, wurde durch die Mehrheit der Grossgrundbesitzer und der Bourgeoisie abgelehnt. Die Bodenreform wurde bis 1960 nicht durchgeführt. Deshalb vollzog die Landwirtschaft den preußischen Weg der Entwicklung. Der Entwurf hatte eine Enteignung des Großgrundbesitzes vorgesehen. In dessen Rahmen besäßen 1938 Klein- und Mittelbauern insgesamt 3.731.059 Dönüm (1 Dönüm = 919qm) Staats- und Länderei, die Großgrundbesitzer hingegen 35.548.941 Dönüm. (Siehe; Genç, M., Die besondere Rolle...1983. S. 289) und Keskin, H.; Die Türkei..., 1986. S. 90). In diesen Jahren verstärkte sich in der Türkei der industrielle Aufbau, der Eisenbahnbau und die Entwicklung des Verkehrswesens (Siehe: Bozbağ, A. F.: Das kemalistische....1970. S. 76, 85-90). In bedeutendem Masse wuchs die Textilindustrie. Mit der Hilfe der UdSSR wurden zwei große Textilkombinate- in Nazilli und Kayseri- errichtet. Es entwickelten sich die Nahrungsmittelindustrie und der Bergbau sowie die Chromerzforderung.

Durch die geringe Entwicklung der nationalen Industrie wuchs das Proletariat in der Türkei und damit gleichzeitig auch seine ökonomische und politische Aktivitäten. Es forderte ökonomische und politische Rechte. 1936 wurde einem Arbeitsgesetz in der TBMM zugestimmt, das bestimmte Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Arbeitsrechte brachte. Das wesentlichen Kampfmittel, das Streikrecht, blieb- bis zum Jahre 1960- jedoch untersagt. Mit der Übernahme von 2 Artikeln aus dem faschistischen italienischen Strafgesetzbuch wurde dem Klassenkampf völlig der Boden entzogen.

---

In der Außenpolitik begann sich die CHP stark an die entwickelten kapitalistischen Länder anzulehnen. Man charakterisierte diese Politik so :“In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre wurde ein Teil des sich durch die staatliche Eingriffe verstärkenden nationalen Handelskapitals, das sich in den Zweigen der Nahrungsmittel- und Textilienindustrie konzentrierte, in die industrielle Bourgeoisie verwandelt“ ( M. Suphi 100.Yıl Tezleri...,1983. S. 28). Die türkische Bourgeoisie, die ihr Kapital nicht in die Industrie investierte, konzentrierte sich vor allem auf den Handel. Sie liierte sich durch die Kapitalanlage im Aussenhandel mit der Kompradoren Bourgeoisie Istanbuls und jener anderer Hafenstädte. Dieser Anäherungsprozess fand in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre seinen Abschluss. In der praktischen Politik wurden dem ausländischen Kapital nicht selten Zugeständnisse gemacht. Dieser Prozess fand seine Widerspiegelung in der Ideologie und Politik der CHP im zunehmenden Abweichen von nationalen Zielen der Befreiungsrevolution.

Die CHP-Regierung unterzeichnete im Jahre 1934 mit Griechenland, Rumänien und Jugoslawien die Balkan- Entente, deren Ziel die des Friedens im Balkanraum und die Organisation des Abwehrs gegen die Ausdehnung des italienischen Faschismus im Mittelmeerraum war. Im Jahre 1935 wurde dennoch der Vertrag über Freundschaft und Neutralität zwischen der Türkei und UdSSR um zehn Jahre verlängert. Am 25. Juni 1936 wurde während der Meerengenkonferenz von Montreux von Bulgarien, der Sowjetunion, Japan, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland, England und Frankreich ein Dokument unterzeichnet (Vgl. Keskin, H.: Die Türkei.....1986. S. 95), dessen Forderung die Wiederherstellung voller türkischer Souveränität im Bereich der Dardanellen und des Bosphorus war. Am 8. Juli 1937 wurde zwischen der Türkei, Iran, Irak und Afghanistan der Freundschaftspakt “Sadabad“ unterzeichnet, der für die CENTO (1957) zur Grundlage wurde.

Die Ideologische Arbeit der CHP beruhte auf den vom 4. Parteikongress bestätigten sechs Prinzipien, die nach diesem Parteikongress als KEMALISMUS bezeichnet wurden. “Mit der Herausbildung politischer Parteien als Interessenvertreter von Klassen sind Ideologien in deren Hand ein wichtiges Instrument der Orientierung und Organisation der Mitglieder und Anhänger dieser Parteien und darüber hinaus der ganzen Klasse und

---

Bevölkerung“ (Grundlagen des historischen Materialismus, Berlin 1977. S. 652). Der Kemalismus ist dadurch charakterisiert, dass er von Anfang an den dritten Entwicklungsweg einschlug. Er ist deshalb eine kemalistische Ideologie, die national-reformistisch geprägt ist. Die CHP gründete im Jahre 1937 die Volkshäuser (Halkevleri) und Dorfinstitute (Köy Enstitüleri), um den Kemalismus in die Bevölkerung der Türkei hineinzutragen. Diese ideologische Arbeit wirkte sich aber nur innerhalb der Partei aus, sie wurde nicht in den Volksmassen wirksam.

Die CHP hatte am 26 Dezember 1938 wegen des Ablebens M. Kemal Atatürks am 10. November 1938 den ersten außerordentlichen Parteikongress nach Ankara. Nun wurde I. Ismet in der TBMM zum Präsident der Türkei gewählt. Auf dem Kongress wurde, unter Ausnutzung einer Statutaenderung, I. İnönü zum “unveränderlichen Vorsitzenden “der Partei gewählt. Er blieb bis 1972 im Amt. Im veränderten Statut hieß es: “Der Begründer und ewige Vorsitzende ist der türkischen Republik M. Kemal Atatürk“ (Art.1) und “der unveränderliche Vorsitzende der Partei I. İnönü (Art.2) (Vgl.: Bila, H. Geschichte...1979. S.141 und Kili, S.: Die Entwicklungen...,1966. S.85). Zu den Generalsekretären der Partei wurde der Innenminister R. Saydam wiedergewählt. Die CHP hatte schätzungsweise 2 Millionen Mitglieder in dieser Zeit (Bila, H.; Geschichte.... 1976. S.132), auf dem Parteikongress beteiligten sich die 375 Parlamentsabgeordnete und 216 Delegierte aus den verschiedenen Provinzen der Türkei (Bila, H.; Geschichte.... 1976. S.140).

Die CHP-Regierung näherte sich nach dem Tod M. K. Atatürks weiter an die entwickelten kapitalistischen Länder an, obwohl I. İnönü an den Prinzipien des Kemalismus festzuhalten verkündete. In der Türkei begann man nach Beginn des zweiten Weltkrieges 1939 eine „Kriegswirtschaft“ zutreiben. Jetzt wurde die Planwirtschaft aufgegeben und die nationale Wirtschaft umstrukturiert. Eine Millionen Soldaten (von 17 Millionen Bevölkerung) wurden in die Armee einberufen.

Diese Arbeitskraft wurden der Landwirtschaft, der Industrie und dem Gewerbe entzogen. Das bedeutete, dass die restliche Bevölkerung in der Industrie und in der Landwirtschaft Zwangsarbeit leisten musste. Die Lebensbedingungen der Volksmassen gestalteten sich dadurch sehr schwer. Selbst arme Bauern zahlten jetzt mehr Steuern als zuvor an den Staat.

---

## **I. 2. 2. Programmatik und praktische Politik der Republikanischen Volkspartei von 1939-1945 in der Türkei.**

Die innerhalb der Bourgeoisie und der CHP eiegsetzte Differenzierung durch die Entwicklung des türkischen Kapitalismus wurde mit dem Ausbruch des 2. Weltkrieges sehr deutlich. Der reaktionäre Teil der Bourgeoisie unterstützt durch Grossgrundbesitzer, dessen Vertreter in der CHP C. Bayar, A. Menderes und F. Koraltan waren, setzten I. İnönü unter Druck. Inflation, Spekulation und Bestechung, die den türkischen Kapitalismus prägten, nahmen immer mehr zu.

Die reaktionäre Fraktion der Bourgeoisie nutzte diese Lage aus. Die CHP-Regierung erliess ein "nationales Schutzgesetz"(Milli Koruma Kanunu) am 24. Januar 1940, um die Vollmacht der Regierung in allen gesellschaftlichen Bereichen auszudehnen und ihr eine auf das Heer gestützte Diktatur zu ermöglichen. Das Gesetz wirkte auf die gesellschaftliche Entwicklung in der Türkei sehr negativ ein. Im Jahre 1942 wurde ein Vermögensgesetz in der Türkei eingebracht, das die Mehrheit der Grossgrundbesitzer und der Kompradorenbourgeoisie ablehnte. Dennoch wurde es angenommen. (Es verpflichtete die Großgrundbesitzer und einen Teil der Bourgeoisie eine größere Steuersumme einmalig an den Staat zu entrichten).

In der Außenpolitik näherte sich die CHP immer mehr an die imperialistischen Länder an. Die Türkei schloss am 1. April 1939 einen Handelsabkommen mit den USA, am 12. März 1939 unterzeichnete die Türkei mit England, am 23. Juni 1939 mit Frankreich einen Beistandspakt, "damit hat Türkei ihre Unabhaengigkeit in der Politik und Militaer seit der nationalen Befreiungsrevolution aufgegeben" (Bila. Geschichte...1976. S. 152). Zwei Jahre später- 18. Juni 1941- hat die Türkei mit dem faschistischen Deutschland einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt unterzeichnet und leistete ihm Unterstützung, als es die UdSSR überfiel.

Diese Entwicklung des türkischen Kapitalismus führte zur weiteren Polarisierung der Klassenkraefte in der Gesellschaft. In den Kriegsjahren wurden rasche Entwicklung der Produktion, in der Industrie, im Verkehrswesen und der Rückgang in der Landwirtschaft festgestellt;



Zur Entwicklung von Landwirtschaft, Industrie und Verkehr:

Jahr	Landwirtschaft	Industrie	Verkehr
1938	100	100	100
1943	90	118	153
1945	74	128	161
1946	94	130	---

Quelle: Keskin, H. Die Türkei....1986. S.101.

Zur Aussenhandel des, türkischen Wirtschaft 1931-1955, in Millionen TL

Jahr	Ausfuhr	Einfuhr
1931	127	127
1935	96	89
1938	144,9	149,8
1940	111	69
1945	219	126
1950	738	800
1955	877	1.593

Quellen: Çatalcalı, B. : Unterentwicklung...1983. S. 173.

Die herrschende Klasse war mit dieser Politik, in der ökonomische Interessen und ökonomischen Verhältnisse ihren Ausdruck fanden, nicht zufrieden. Dies widerspiegelte sich in der CHP.

Nachdem die Türkei mit den imperialistischen Ländern verbündet war, eröffnete die CHP den 5. Parteikongress am 29. Mai 1938 in Ankara. Die Unzufriedenheit der nationalen Bourgeoisie, aber auch der Volksmassen und selbst unter den Parteimitgliedern infolge der politik der CHP warf die Frage nach der zukünftigen Politik auf. Daher diskutierte der Kongress über die Stimmung im Lande, den Platz der Türkei in den

---

internationalen Beziehungen und erwog den Übergang zu einem Zweiparteiensystem. Die Delegierten verlangten die Trennung der Funktionen zwischen dem Staat und der Partei und Aufhebung der steuerlichen Lasten der Bauern sowie die Herabsetzung der Preise im Lande. Im Statut wurden einige Veränderungen vorgenommen, wie z. B. die Trennung der Vereinigung von Innenminister und Parteisekretär sowie die Herabsetzung des Eintrittsalters von 22 auf 18 Jahre. Auf diesem Parteikongress wurde eine "Unabhängige Gruppe" innerhalb der CHP gebildet, die sich dem Parteivorsitzenden unterstellte, um die Stimmung der Parteimitglieder und Bevölkerung zu analysieren.

Am 22. Juni 1941 überfiel das faschistische Deutschland auf die UdSSR. Vertragsgemäß unterstützte die Türkei den deutschen Faschismus. Die CHP- Regierung verhängte in dieser Zeit den Ausnahmezustand, um Widerstände der Bevölkerung und dem Kampf der demokratisch- fortschrittlichen Kräfte gegen den inneren und äußeren Feind zu unterdrücken. Die Türkei trat nicht in den zweiten Weltkrieg ein.

Nachdem die Siege der Sowjetarmee bei Stalingrad und Kursk errungen waren, setzte sich die Auffassung durch, dass die faschistische Achse den Krieg verlieren müsse. Die Haltung der türkischen Regierung änderte sich sehr schnell zugunsten der Anti-Hitler-Koalition. Am 2. August 1944 brach die Türkei die Beziehungen mit dem faschistischen Deutschland ab. Nach dem Sieg der UdSSR über das faschistische Deutschland und dem Kriegsende trat die Türkei in die Organisation der Vereinten Nation(UNO) ein.

Die CHP eröffnete am 8.Juni 1943 den sechsten Parteikongress in Ankara, an dem I. İnönü die Eröffnungsrede hielt. Er sagte- in demagogischem Tone-:"Inmitten des Krieges kann man in der Türkei ohne Zensur, Gewalt und weit von Anarchie leben" (Bila, H.: Geschichte....1976. S. 177). Ein neues Programm erhielt die Zustimmung der Delegierten. Im Programm hiess es,dass"das Volk der türkischen Republik nicht als aus Klassen bestehend anzusehen, sondern als eine Gemeinschaft zu betrachten (sei), die zur Bewältigung der individuellen und sozialen Lebensziele, nach dem Prinzip der Arbeitsteilung sich in verschiedene Berufe gegliedert" (Bila, H.: Geschichte....1976. S. 179). Das Ziel der nationalen- reformistischen CHP erklärte das Programm so; "Es ist an Stelle des Klassenkampfes die soziale Ordnung und Gemeisinn zu setzen sowie die

---

verschiedenen Interessen harmonisch auszugleichen”(Republikanische Volkspartei, Programm..1935. S. 6).

### **I. 3. Innerparteiliche Auseinandersetzungen in der Republikanischen Volkspartei von 1945-1950 in der Türkei.**

Durch die kapitalistische Entwicklung in der Türkei entwickelten sich auch die inneren Klassenverhältnisse. Die Bourgeoisie differenzierte sich stärker. Die Kriegsjahre brachten verschärfte Ausbeutung der Volksmassen durch die einheimische Bourgeoisie und niedrige Löhne für die Arbeiter sowie Spekulationen im Lande. Die Klein- und Mittlere Bourgeoisie sowie die kleinbürgerlichen Schichten und die Klein- und Mittlere Bauern waren von der CHP ab. Mit dem Kriegsende kam es in der Türkei zu einer politischen und sozialökonomischen Krise, in der das Monopol der CHP zusammenbrach. Der Einfluss der reaktionären Kräfte, deren Vertreter C. Bayar, E. Sazak, R. Koraltan, F. Köprülü und C. Oral waren, nahm immer mehr zu.

Als die CHP-Regierung in der TBMM den Entwurf eines Gesetzes über die Bodenreform und Haushalt des Jahres 1945 vorlegte, antwortete die Reaktion innerhalb der CHP sehr schnell. Deren Abgeordneten (C. Bayar, A. Menderes, R. Koraltan, F. Köprülü und C. Oral, die hauptsächlich Großgrundbesitzer waren) brachten dagegen den sogenannten Antrag der Vierer (Dörtlü Takrir) in der Fraktionssitzung der CHP ein, dessen Ablehnung am 12.Juni 1945 erfolgte. Darüber sagte der Großgrundbesitzer E. Sazak: “Der Staat soll die Grossgrundbesitzer schützen, falls der Boden den Arbeitern übergeben wird, zeigt sich Mangel an Kapital und Klugheit“ (Bila, H.: Geschichte...1976. S. 189).

Am 3. Dezember 1945 erklärte der frühere Ministerpräsident und Direktor der in den dreißiger Jahren gegründeten Arbeitsbank, C. Bayar seinen Austritt aus der CHP und gab die Absicht der Neugründung einer Partei bekannt. Am 7. Januar 1946 wurde durch diese Kräfte die “Demokratische Partei“ (Demokrat Parti) (Zur DP, siehe; Demokrat...Ankara 1970, S.3ff.) gegründet, die die Kompradorenbourgeoisie und Grossgrundbesitzer repräsentierte.

Das Bodenreformgesetz wurde am 11.Juni 1945 in der TBMM verabschiedet, die Regierung erklärte diesen Tag “zum Fest des Bodens“. Der Bodenreformentwurf blieb

---

---

jedoch auf dem Papier. Es sah neben der Bodenverteilung auch die Bildung von Bauernvereinen und die Beseitigung des Pachtsystems vor. Nach dessen 17. Artikel durfte das Eigentum eines Großgrundbesitzers nur das 3-fache des den Bauern zuzuteilenden Bodens betragen, die Enteignung bis auf 10 Hektar war erlaubt. Mit der Gründung der DP wurde vom Einparteiensystem zum Zweiparteiensystem übergegangen. Hier wird sehr deutlich, dass der türkische Kapitalismus sich entsprechend den Besonderheiten der Gesellschaft entwickelte, obwohl die negativen Auswirkungen der Kriegswirtschaft sehr gross waren und die Polarisierung der Klassenkräfte und Sozialstruktur der Gesellschaft zunahm. Die Besonderheiten des türkischen Kapitalismus bestehen darin, dass die Entwicklung der Gesellschaft sehr langsam vollzog, damit auch die Entwicklung der Produktionsverhältnisse. Osmanische und kapitalistische Produktionsverhältnisse existierten nebeneinander. Die Türkei blieb ökonomisch abhängig von den imperialistischen Ländern.

Nach der Spaltung der CHP wurden durch die Verabschiedung einiger neuer Gesetze weitere Parteigründungen möglich (Zur Parteigründungen, siehe: Sencer, M. : *Türkiye'de Siyasal Partilerin Sosyal Temelleri*, Istanbul 1974, S. 194ff). Die CHP hielt am 10. Mai 1946 in Ankara ihren 2. außerordentlichen Parteikongress ab, an dem 336 Delegierte und 450 Parlamentsabgeordnete (Bila, H.: *Geschichte...1979*. S. 203) teilnahmen. Der Parteivorsitzende I. İnönü hielt eine Eröffnungsrede, in der er auf die Wahlgesetze und die kommenden Wahlen einging und setzte sich mit der DP auseinander. I. İnönü bemängelte an der DP die Haltung zum Etazismus, zur Religionsfreiheit, Redefreiheit und deren Widerstand gegen die Verabschiedung des Gesetzes zur Landverteilung an die Bauern sowie deren mangelnde Unterstützung der Privatinitiative.

In Parteiprogramm und Statut wurden einige Veränderungen vorgenommen, wie z. B. die allgemeine und direkte Wahl der Abgeordneten (Art.4) und die Aufhebung des Vereinggesetzes (Art.22). Dieser Absatz lautete sinngemäßes: "Zum Zwecke des Klassenkampfes und seiner Propagierung darf in der Türkei kein Verein gegründet werden"( ) Kili, S.: *Die Entwicklungen.....1975*. S. 96). Der 1939 aufgenommene Absatz, der die Parteimitgliedschaft einer unabhängigen Gruppe ermöglichte, wurde aufgehoben und der Absatz des "unveränderlichen Vorsitzenden" wurde "veränderlichen" umformuliert. Auf diesem Kongress wurden I. İnönü zum Parteivorsitzenden R. Saraçoğlu zum

---

Stellvertretenden, sowie Nafi Atif Aksu Generalsekretär gewählt.

Im selben Jahr (21. Juli 1946) wurde das Parlament zum ersten Mal durch das Einstufen-Wahlsystem (die offene Stimmen-Abgabe und geheime Zählung) gewählt. In dieser Wahlen gewannen die CHP 396, die DP 62 und die Unabhängigen 7 Sitze (Bila, H.: Geschichte...1979. S. 207 und Kili, S.:Die Entwicklungen...1975. S. 97). Nach den Wahlen bildete die CHP unter der Leitung R. Peker (Ministerpräsident) die Regierung, die jedoch bereits im September 1947 zurücktrat. Unter dem Ministerpräsident Hasan Saka wurde eine neue CHP-Regierung gebildet. Die oppositionelle DP wies auf die ungelösten sozialökonomischen Probleme des Landes hin und gewann damit sehr schnell Einfluss.

Vor diesem Hintergrund berief die CHP am 17. November 1947 ihren 7. Parteikongress nach Ankara ein. Der Kongress dauerte 19 Tage. Er war gekennzeichnet durch grosse politische Auseinandersetzungen um die ökonomische Entwicklung des Landes und die daraus resultierenden Aufgaben für die Partei. Der Parteivorsitzende, sein Stellvertreter und das Parteipräsidium wurden neugewählt. Erneut wurde I. İnönü Vorsitzender, auf ihn entfielen 595 Stimmen, Hilmi Uras und T. Fikret Silay wurden zu seinen Stellvertretern bzw. zum Generalsekretär gewählt. Das durch den Kongress gewählte Parteipräsidium wurde jetzt das höchste Organ der Partei, es hat die Führungs- und Leitungsaufgaben zwei Kongressen inne.

Der Parteivorsitzende, der gleichzeitig der Präsident der türkischen Republik war, sollte die Leitung der Partei dem Stellvertretenden-Parteivorsitzenden überlassen. Der Generalsekretär und die Parteileitung sollten durch das Parteipräsidium gewählt werden, dessen Zahl sich von 30 auf 40 Mitglieder erhöhte. Im Statut wurde die Trennung von Provinz- Gouverneur, der gleichzeitig Provinzvorsitzender der Partei war, vollzogen. Das Eintrittsalter wurde von 22 auf 18 Jahre herabgesetzt.

Im Programm wurde das Ziel der CHP modifiziert. "Unsere Partei hält daran fest, dass die Gründung von Privatunternehmen und ihre Arbeit vom Staat unterstützt und gefördert werden"(Zit. nach: CHP Program ve Tüzüğü, Ankara 1947, in: Bila, H.: Geschichte...1979. S. 226). Die sechs Prinzipien wurden in einem Punkt korrigiert. Hier zeigte sich sehr deutlich, dass die CHP unter dem Vorsitz von I. İnönü immer mehr von der kemalistischen Politik nach rechts rückte. Sie gab die antiimperialistische Außenpolitik M.

---

---

K. Atatürks auf und näherte sich dem USA-Imperialismus.

Die CHP hatte sich damit nicht demokratisiert, wie in der Literatur behauptet wird (Bila, H.: Geschichte...1979. S. 227). Vielmehr prägten sich konservative Züge aus. Dieser Rechtsruck der CHP fand seine Widerspiegelung in der Unterdrückung der antiimperialistisch-demokratischen Bewegung und in der Verfolgung der demokratisch-fortschrittlichen Kräfte im Lande. Zwar wurden einige Gesetze in der TBMM zur Verbesserung der Lage der Volksmassen verabschiedet, doch blieben sie wirkungslos.

Während des kalten Krieges hatte die CHP-Regierung unter R.Günaltay entsprechend der Truman-Doktrin im Rahmen des Marshall-Plans große Hilfe (Zur amerikanischen Hilfe, siehe: Keskin, H.: Die Türkei...1976. S. 114ff), erhalten. Im selben Jahr trat die Türkei in den internationalen Währungsfonds, die Weltbank sowie die Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit ein. Im Jahre 1948 wurde der ökonomische Vertrag zwischen den USA und der Türkei unterzeichnet. Praesident Truman schrieb:“..Die Türkei braucht die Hilfe. Es ist notwendig, die Unterstützung unabhängiger Völker, die gegen das Joch einer bewaffneten Minderheit oder aeußere Repressalien Widerstand leisten zur Politik der Vereinigten Staaten zu machen“ (Zur amerikanischen Hilfe, siehe: Keskin, H.: Die Türkei...1976. S. 115ff).

#### **I. 4. Die Republikanische Volkspartei in der Opposition zur DP von 1950-60.**

Als Ergebnis ihrer Politik erlitt die CHP bei den Parlamentswahlen am 14. Mai 1950 eine schwere Niederlage. Während die DP 408 Sitze in der TBMM erreichte, erhielt sie lediglich 69 Sitze. Dieser Einbruch hatte Nachwirkungen bis 1960. Von 1950-1960 übernahm die DP die Regierung Verantwortung. In der TBMM wurden C. Bayar zum Praesidenten der türkischen Republik und A. Menderes zum Ministerpräsident gewählt. In dieser Zeit verband die DP sich mit dem Westen. In der ökonomischen Politik ersetzte sie den “Etazismus“ durch die “Privatinitiative“.

---

Sie versprach der ländlichen Bevölkerung der Türkei, die Bodenreform

---

durchzuführen, die Steuern zu erleichtern, das Streikrecht der Arbeiter anzuerkennen und Inflation, Spekulation sowie Bestechung zu bekämpfen. “Der Einfluss der nationalen Bourgeoisie auf den Staat begann sich zu vermindern. Mit der Übernahme der Regierung durch die DP begann eine Wirtschaft, die den staatlichen Sektor nicht entwickelte, sondern an Stelle die Entwicklung des privatkapitalistischen Bereichs mit staatlichen Mitteln setzte, den Schutz der nationalen Wirtschaft gegenüber dem ausländischen Imperialismus nicht berücksichtigt hat. Die sich auf den ausländischen Imperialismus stützende Kollaboratenbourgeoisie nützte die ökonomische Hilfe des bürgerlichen Staates noch mehr aus“ (Dokumente des 5. Parteitages der KPdT...1983. S. 28).

Die DP-Regierung “machte sich das von den im Interesse der US-Wirtschaft fungierenden Experten vorgeschlagene Entwicklungsmodell zum größten Teil zu eigen:

-Entwicklung des Privatunternehmertums zum Träger des Wirtschaftslebens. Die staatlichen Fabriken sollen an Privatunternehmen verkauft werden.

-Erfüllung aller Bedingungen des Fremdkapitals...um...somit zu einer engen Zusammenarbeit mit ausländischen Kapital zu gelangen.

-Dem Staat fällt die Aufgabe zu, im Bereich der Wirtschaft die Initiativen und die Freiheit des Privateigentums zu fördern und zu schützen” (Keskin, H.: Die Türkei...1976. S. 132).

Die DP-Regierung führte die Modernisierungs- und Mechanisierungsmassnahmen der Landwirtschaft mit USA-Hilfe (Keskin, H.: Die Türkei..1976. S. 133 und Çatalcalı, B.: Unterentwicklung...1983. S. 172) durch, die ein Teil der schon von der CHP verabschiedeten Bodenreform war. Durch das Gesetz wurde der Boden an Bauern verteilt. Die Bodenverteilung sah so aus: “62,14% der Bauern verfügten 18,64% der landwirtschaftlichen Nutzflächen, während allein die 1,5% Großbauern über ein Viertel und die 36,35% Groß- und Mittelbauern über knapp 60% der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche verfügten. (In: Keskin, H.: Die Türkei....1976. S. 132). Diese Landverteilung wirkte sich zugunsten der Großbauern aus, da die Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft unverändert blieben. Die Landwirtschaft entwickelte sich dadurch teilweise, aber die Lage der Bauern blieb unverändert schwierig.

---

Im selben Jahr wurde die “Bank für die industrielle Entwicklung “(Türkiye Sanayi ve Kalkınma Bankası) unter Mitfinanzierung durch den türkischen Staat von privaten und ausländischen Geldgebern gegründet, deren Ziel war, “die privaten in- und ausländischen Investoren mit billigen langfristigen Krediten zu versorgen” (H. Keskin, Die Türkei... 1976. S. 134 und Çatalcalı, B. : Unterentwicklung...1983. S. 176/77).

Die industrielle Entwicklung ist von 1950-1960 so:

<u>Jahr</u>	<u>Zahl der Betriebe</u>	<u>Zahl der Beschäftigten</u>
1950 S	103	76.033
1950 P	2515	89.211
1955 S	156	94.473
1955 P	4106	143.382
1960 S	219	127.988
1960 P	5284	173.165

S:staatliche Unternehmen      P:private Unternehmen

Quelle: (Keskin, H.:Die Türkei...1976. S.135).

Trotz der Reprivatisierung des staatlichen Sektors konnte dieser nicht völlig zurückgedrängt werden- dies geschah erst 1980. Die DP-Regierung konnte durch die USA-Hilfe einige Staudämme, Elektrifizierungsanlagen, Zucker-, Zementanlagen bauen. Das Verkehrswesen konnte erweitert, beim Export von Rohstoffen(Keskin, H.: Die Türkei...1976.S. 137) bestimmte Erfolge erzielt werden.

Nach der Regierungsübernahme der DP wurde der 8. Parteikongress der CHP auf die Empfehlung des Parteipräsidiums für den 28. Juni 1950 nach Ankara einberufen. Es hatte schon am 27. Mai beschlossen, die Parteikongresse zu versammeln. In dieser Präsidiumssitzung sagte I. İnönü: “Durchsetzung und Erfolge des demokratischen Regimes in diesem Land haengen von zwei Bedingungen ab; Erstens; die Regierung soll mit der



---

Opposition auskommen und diese Opposition muss immer existieren...Zweitens, die Erfolge des demokratischen Regimes sind auch von der Oppositionspartei abhängig“ (Kili, S.:Die Entwicklungen....1975. S. 111). Er setzte sich mit der DP besonders über den Etatismus auseinander und sagte:“Wir sind der Überzeugung, dass das Anatolien in der Zukunft nicht gebaut werden kann, ohne maessiger staatlicher Politik zu folgen“ (Zit. nach, Ulus, von 30. Juni 1950, in: Kili, S.: Die Entwicklungen...1975. S. 112).

Die DP-Regierung schickte eine bestimmte Zahl türkischer Soldaten nach Korea, um die aggressive- Politik der USA zu unterstützen. Diese Politik der “Männer Washingtons“ wurde von der CHP kritisiert, aber dagegen keine konsequente Propaganda geführt. Kurz darauf eröffnete die CHP ihren 9. Parteikongress in Ankara am 26. November 1951. Hier wurde ein Manifest veröffentlicht, das die Unzufriedenheit der CHP mit der DP-Politik zum Ausdruck brachte. Tatsächlich bereitete die DP- Politik der CHP zunehmend Schwierigkeiten in der praktischen und propagandischen Arbeit, da sie die Errungenschaften der nationalen Befreiungsbewegung völlig beseitigte und die Prinzipien des Kemalismus aus der türkischen Verfassung entfernte. Damit wurde nicht nur die Existenz der anderen politischen Organisationen, sondern auch der CHP gefährdet.

Die DP-Regierung hat am 1. August 1951 bzw. am 18.Januar 1954 das Gesetz zur “Förderungen des ausländischen Kapitals(Yabancı Sermaye Kanunu) und am 16. März 1954 das “Erdölgesetz“(Petrol Kanunu) verabschiedet, die beide den Kapitalexport des USA-Imperialismus in die Türkei ermöglichten und die Abhängigkeit vertieften. Die DP orientierte in der Aussenpolitik auf die imperialistischn Staaten. Die Türkei trat am 18. Februar 1952 in die NATO ein und schloss den Bagdad Pakt mit Irak, später mit Großbritannien, Iran und Pakistan. Die Politik der DP band die Türkei ökonomisch und finanziell an den USA-Imperialismus, damit wurde die politische Abhaengigkeit des Landes noch grösser.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die enge Verflechtungen mit dem USA-Imperialismus-die zwar die Entwicklung von Bereichen der türkischen Industrie und Landwirtschaft voranbrachte, aber vor allem zu einer engen Abhaengigkeit des türkischen Staates von amerikanischer Politik führte- und die Verschärfung der Unterdrückungsmassnahmen gegen die fortschrittlich-demokratischen

---

Kräften führte zu verstärkten politischen Aktivitäten der türkischen Werktätigen.

Die Arbeiterklasse nahm immer mehr zu. Der Kampf der Arbeiterklasse in der Türkei verlief unter sehr schweren Bedingungen. Die werktätigen Massen vereinigten sich im Jahre 1952 gegründeten Regierungstreuen Gewerkschaften TÜRK-İŞ (Konföderation der türkischen Arbeitergewerkschaften, Türkiye İşçi Sendikaları Konfederasyonu, TÜRK-İŞ) und kämpften hier für ihre sozialen und ökonomischen Rechte.

Die CHP veranstaltete im Jahre 1953 ihren 10. Parteikongress und 1954 ihren 3. außerordentlichen Parteikongress, in deren Mittelpunkt Diskussionen zur Parteistruktur standen. Ökonomische und politische Probleme wurden zwar erwähnt, traten aber insgesamt in den Hintergrund. Jetzt wurde die CHP- gleich anderen Organisationen- verfolgt und unter Druck gesetzt, ihre Organisationen wurden durch die Regierung überfallen und ihr Eigentum beschlagnahmt. Gegen I. İnönü wurden einige Attentate verübt. Unter diesen Bedingungen hatte die CHP bei den Wahlen von 2. Mai 1954 31 Sitze gewonnen, wobei die DP mit 488 Abgeordneten die Mehrheit in der TBMM wiedergewann. Damit konnte die DP- Regierung unter Ministerpräsident A. Menderes, eine diktatorische Gewalt sowohl über die TBMM als auch über die Bevölkerung ausüben. Sie nutzten die Unterdrückungsmaßnahmen der türkischen Republik, die durch die politische Exekutive (Präsident, Regierung, Verwaltung, Armee u. a) repräsentiert wurde, konsequent aus.

In dieser Situation rief der 1957 in Ankara tagende Parteikongress der CHP dazu, bei dem gleichen Jahr anstehenden Wahlen für den Sieg über die DP zu kämpfen. In einer Erklärung forderte die CHP:“Es muss ein sich auf die Menschenrechte stützender Rechtsstaat gegründet werden...Rede-, Presse- und Vereinsfreiheit müssen gewährleistet werden...die Unabhaengigkeit des Rundfunks und der Universitaeten muss gewaehrleistet werden..... Bestechungen und Spekulationen müssen verhindert werden...Gesetze müssen verabschiedet werden, die Parteien auf demokratischen Grundlagen ermöglichen...Es muss die Unabhaengigkeit des Präsidenten gewährleistet werden (Zit. nach,: Cumhuriyet von 11. Oktober 1957, in: Bila, H. : Geschichte...1975. S. 308), und es wurde weitergefordert: “Es muss das Streikrecht und Tarifverhandlungsrecht den Arbeiter gegeben werden...Das Vereinigungsrecht und Gründungsrecht von Gewerkschaften der Beamten muss anerkannt

...Die Ökonomie muss nach Plan und Programm durchgeführt werden...Die Schulden der Bauern müssen erleichtert werden...Die Einführung der sozialen Versicherung muss vorbereitet werden...Das recht an Jahresurlaub mit vollbezahlten Lohn muss anerkannt werden“ (Zit. nach,: Cumhuriyet von 11. Oktober 1957, in: Bila, H. : Geschichte...1975. S. 308).

Hier versuchte die CHP, die Stimmen, von Arbeitern, Bauern und Beamten für sich zu gewinnen. Diese Forderungen der CHP waren rein demagogische Propaganda. Dies verdeutlicht das Wahlergebnis. Die CHP konnte mit 173, die DP mit 419 und andere Parteien mit 8 Abgeordneten (Kili, S.:Die Entwicklungen ...1975. S. 128, auch :Bila, H.: Geschichte...1979. S. 309) ins Parlament ziehen. Vor den Wahlen hatte sich die CHP bemüht, mit anderen Parteien HP (Freiheitspartei, Hürriyet Partisi, HP) und CMP (Republikanische Nationspartei, Cumhuriyetçi Millet Partisi, CMP), die an diesem als Gast teilnahmen, eine Koalition gegen die DP zu bilden. Diese Bemühungen der CHP wurden durch die Repressalien der DP- Regierung verhindert.

Auf diesem Parteikongress von 1957 wurde I. İnönü wieder zum Parteivorsitzenden und Kasım Gülek zum Generalsekretär gewählt. Später löste die HP sich auf und schloss sich der CHP an. Zwei Jahre später eröffnete die CHP ihren 14. Parteikongress (am 12. Januar 1959) in Ankara. An Parteiprogramm wurden erneut einige Veränderungen vorgenommen, wie z. B. Art. 36, 40 und 41 (Zu diesem Artikeln siehe: Kili, S.: Die Entwicklungen...1975. S. 129).

Durch die ungelösten ökonomischen, politischen und sozialen Probleme und die Abhängigkeit des Landes vom USA- Imperialismus wurde die Entwicklung der Produktionskräfte vornehmlich behindert. Deshalb spitzten sich die sozialökonomischen und politischen Widersprüche zu und führten zur weiteren Differenzierung der Klassen- und Sozialstruktur des Landes. Im Jahre 1958 demonstrierten die Kriegsakademie- Studenten gegen die DP-Regierung. Ende 1959/Anfang 1960 kam es zur einen politischen Krise, die mit einem Militär-Putsch, der“ sich auf die Nationalbourgeoisie stützenden Offiziere “(M. Suphi 100.Yıl Tezleri ...1985.S. 30) am 27. Mai 1960 endete.

In den 50/60er Jahre erfolgte eine totale Abkehr von der Etatistischen Wirtschaftspolitik und eine Integration der Türkei an die militaer- aggressive NATO. Mit der

---

Einbindung der Türkei in die NATO erwachsen der einheimischen Bourgeoisie neue Aufgaben im Kampf gegen die Kräfte des gesellschaftlichen Fortschritts. Die CHP widersprach der Forderung der Bourgeoisie nach NATO- Mitgliedschaft nicht, jedoch lehnte sie den Gedanken des nationalen Ausverkaufs der damaligen proimperialistischen-reaktionären A. Menderes Regierung und der in den 70er Jahren gebildeten ersten und zweiten “nationalistischen Fronten Regierungen” ab. In den 70er Jahren transformierte sich die CHP in eine sozialreformistische Partei, die eine Veranderungskonzeption der Gesellschaftsordnung auf friedlich-parlamentarischem Weg vertrat. Diese Konzeption war gesetzmaessig, trotz der demokratischen Tendenzen, liberalistisch, d. h. sie kam der Monopolbourgeoisie entgegen.

### **LITERATUR**

- Abadan, N.(1980), Die Türkei, in: Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa. Stuttgart.
- Atatürk, M. K.(1928), Der Weg zur Freiheit 1919-1920, Leipzig
- Avcıoğlu, D.(1979), Türkiye'nin Düzeni ,Dün-Bugün-Yarın(Die Gesellschaftsordnung in der Türkei, Gestern-Heute-Morgen), Istanbul .
- Autorenkollektiv,(1961), Geschichte der neuesten Zeit.Berlin .
- Bechtold, H.(1980), Staaten ohne Nation ,Stuttgart.
- Bila ,H.(1979), CHP Tarihi 1919-1979(Geschichte der Republikanischen Volkspartei 1919-1979) Ankara.
- Bozbağ,A.F. (1970), Das kemalistische Entwicklungsmodell und seine Bedeutung für die politische,Wirtschaftliche und sozio kulturelle Entwicklung der Türkei. Diss. Frankfurt am Main.
- Coşkun, A.(1973), CHP ve Demokratik Sol (Die Republikanische Volkspartei und die demokratische Linke).Izmir.
- Çatalcalı, B.(1982), Unterentwicklung und Demokratie in der Türkei.Diss. Heidelberg 1982.
- Einhorn, M.(1983); Sozialökonomische und politische Aspekte der Formierung der türkischen Arbeiterklasse, Diss. Berlin.

- 
- Eroğlu,C.(1969), Demokrat Parti 1946-1960(Die Demokratische Partei 1946-1960) .Ankara.
- Genç, M.(1983), Die besondere Rolle der Republikanischen Volkspartei beim Transformationsprozess der türkischen Gesellschaft. Diss. Rheinfeld.
- Giritlioğlu, F.(1962), Türkiye Siyasi Tarihinde CHP'nin mevkii (Platz der Republikanischen Volkspartei in der politischen Geschichte der Türkei). Ankara. 2 Bde.
- Glasneck, J.(1979), M. K. Atatürk und die moderne Türkei. Berlin.
- Glasneck, J.(1982), M. K. Atatürk; Sitzungsberichte der Akademie.....Jg.1982,Nr.7/G
- Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung, Fragen der Geschichte und Theorie, Moskau 1983,Bd.4.
- Grundlagen des historischen Materialismus, Berlin 1977.
- Günday, M.(1972), Parteienwesen in der BRD und in der Türkei. Diss. Heidelberg.
- Hirsch, E. E.(1971), Die Verfassungsänderungen in der Türkei. Hamburg.
- İzmir İktisat Kongresi 1923(İzmir Wirtschaftskongress 1923), Ankara 1971.
- Keskin, H.(1976), Die Türkei. Diss. Berlin.
- Kili, S.(1975), 1960-1975 Döneminde CHP'de Gelişmeler (Die Entwicklungen in der Republikanischen Volkspartei in der Periode 1960-1975) Ankara.
- Kossok, M.(1977), Vergleiche der neuzeitlichen Revolutionen. Berlin.
- Die Krise der Türkei und die Perspektiven ihrer Lösung. Bonn 1981.
- Markov, W/Werner, E.(1979), Geschichte der Türken. Berlin.
- Marx,K.(1969); Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonapart,in:MEW.Bd.8,
- Mitzlaff,Ch.v.(1975), Der türkische Kapitalmarkt unter besonderer Berücksichtigung des Banksystems, Diss. Bonn.
- M.Suphi 100.Yıl Tezleri 1985.
- Öcal, N,(1964), Die Ausländischen Kapitalinvestitionen in den Türkei und ihre wirtschaftliche Bedeutung. Diss. Mannheim.
- Özbudun, E. (1997), Siyasal Partiler (Die politischen Parteien). Ankara.
- Potjomkin, W. P.(1948), Geschichte der Diplomatie, Berlin, Bd. 3. T. I.
- Renesse, E. A.(1965), Staat und staatliche Herrschaft in der Türkei, in: Unvollendete Demokratien. Köln.
-

---

Republikanische Volkspartei, Programm. Ankara 1935.

Sayılgan, A, (1976) Türkiye'deki Sol Hareketler 1871-1973 (Die Linksbewegung in der Türkei 1871-1973) Istanbul.

Sencer, M,(1978), Türkiye'de Siyasi Partilerin Sosyal Temelleri (Die soziale Basis den politischen Parteien in der Türkei). Istanbul.

Sertel, Y.,(1973), Türkiye'de İlerici Akımlar ve Kalkınma Davamız ( Die fortschrittlichen Strömungen und unsere Entwicklungsfrage in der Türkei). Istanbul.

Sertel, Y/Galliosot, R.(1979), Kommunismus und Islam. Der Sozialismus in der Türkei und im Iran, in; Geschichte des Sozialismus, Frankfurt/Main,Bd.15.

Şen , F., (1985), Die Türkei. München 1985.

Steinbach, U., (1979), Kranker Waechter am Bosphorus. Freiburg/Würzburg.

Steinhaus, K. (1968), Politische und soziale Grundlage der türkischen Revolution. Diss. Marburg.

Steinhaus, K.(1969) , Soziologie der türkischen Revolution. Frankfurt am Main.

Truchanowski, W. G.(1963); Geschichte der internationalen Beziehungen 1919-1939. Rütten-Loening-Berlin.

Weiher, G., (1983), Militär und Entwicklung in der Türkei 1945-1973. Opladen.

### **ZEITUNGEN-ZEITSCHRIFTEN**

Das Orient. Opladen-Hamburg

Ozgür İnsan(Der freie Mensch)Monatszeitschrift der CHP. Ankara

Ulus(Die Nation)Die Tageszeitung der CHP. Ankara.

Politische Meinung. Köln